

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rätestraße 16 b.
Telephonruf: Nr. 3392.

Inserate für Stellenvermittlung
Preis der sechsgepaltenen Kolonelle 1 Mark.
Geschäftsinsereate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **269200** Exemplaren
erschließt diese Ztg.

Zum Schutzkongress der bei der Schifffahrt und am Schiffbau beschäftigten Arbeiter.

Wie aus dem in Nr. 51 dieses Blattes vom vorigen Jahre bekannt gegebenen Aufruf des von den interessierten Berufsverbänden konstituierten Schutzkongresskomitees hervorgeht, findet in den Tagen vom 19. bis 21. März dieses Jahres in der Berliner Gewerkschaftshaus ein Allgemeiner Schutzkongress für alle in und an der Schifffahrt und am Schiffbau beschäftigten Arbeiter mit einer ebenso aktuellen wie reichhaltigen Tagesordnung statt. Seiner Art, seiner Tendenz, seinem Ziele nach zu urteilen, dürfte es der erste Kongress sein, dem aus naheliegenden Gründen von allen Arbeitern, die in der Schifffahrt und am Schiffbau beschäftigt sind, das denkbar größte Interesse entgegengebracht wird. Wir sind überzeugt, diese interessierten Arbeitergruppen werden dem Kongress mit vollem Interesse beiwohnen und die Arrangierung des Kongresses ebenso dankbar sein, wie das beteiligte Unternehmertum mit seinen getreuen Schildknappen bei den Behörden und gewerblichen Berufsgenossenschaften sicher von unheimem Gewissen geplagt den Kongress tagen mit bangen Erwartungen entgegen sieht.

Nicht nur die Arbeiterpresse, sondern auch die bürgerliche Presse, speziell in den Hafen- und Werftorten, hat Notiz von dem Stattfinden des Kongresses genommen; ein Beweis dafür, daß man seine Bedeutung auch in jenen Kreisen nicht unterschätzt. Und das ist gut; wird doch am Ende schon dieser Umstand dazu beitragen, die gemäßigten Bestrebungen einiger Pessimisten in Freundeskreisen umzustimmen. Schon allein der Umstand, daß es gelungen ist, die sehr oft divergierenden Interessen so verschiedenartiger Berufsgruppen zweier großer Verkehrs- und Industriezweige auf einen Punkt — den Kongress — zu konzentrieren, ist ein großer Erfolg, der in seiner moralischen Wirkung nicht zu unterschätzen sein dürfte. Wenn gelegentlich einer unerbittlichen Vorberatung von einem Freunde mit „philosophischer“ Gleichgültigkeit erklärt wurde: Wir leben nun einmal im Zeitalter der Kongresse und da dürfte es auf einen oder weniger nicht ankommen, so zeugt ein solcher Ausdruck von einer totalen Verkennung der Tragweite eines solchen Kongresses.

Der Kongress wird seine erste Aufgabe in der Kritik zu erblicken haben. Kritik an den aller Vernunft und Kultur hohnsprechenden Zuständen, die heute in allgemein sozialer wie speziell rechtlicher Beziehung sowohl in der Schifffahrt, wie auch in der Schiffbauindustrie, soweit die Lebenslage der Arbeiter in Frage kommt, vorherrschen. Zustände, die die Grundlage für unermeßliche Unternehmerrgewinne bilden, die aber in ihrer Wirkung für die unter ihnen leidenden Arbeiter immer verhängnisvoller werden müssen und deshalb auf die Dauer unhaltbar sind. In keinem industriellen oder gewerblichen, selbst landwirtschaftlichen Betriebe tritt die privatkapitalistische Produktions- und Wirtschaftsweise mit ihren verhängnisvollen Begleiterscheinungen, in ihrer unheilvollen Wirkung so kraß in die Erscheinung, wie gerade im Schiffbau- und Schiffbaubetriebe. Man kann wirklich mit Fug und Recht sagen, daß sie von der Kultur „so gut wie gar nicht beledet sind“. Sowohl die Arbeitsmethode, das allgemeine Arbeitsverhältnis in sozialer wie rechtlicher Beziehung, wie auch die Wohnverhältnisse weisen Zustände auf, die in ihren Folgen und Wirkungen dem zwanzigsten Jahrhundert hohnsprechen. Der Willkür ist auf allen Gebieten Tor und Tür geöffnet.

Sinnlos kommt die Tatsache, daß sowohl die Reedernmagnaten wie auch die Werftmagnaten ausgesprochene Manchesterleute sind und sich seit jeher mit aller Macht gegen jeden staatlichen Eingriff zum Zwecke sozialreformerischer Maßnahmen gestäubt haben, oder aber auf Grund ihres wirtschaftlichen und politischen Einflusses sich stark und selbständig genug fühlten — und in der Tat auch waren — sich nicht nur dem Willen und den Absichten des Gesetzgebers, sondern auch seinen durch Gesetz getroffenen Anordnungen einfach zu widersetzen. Von der totalen Ohnmacht der unteren und oberen Behörden diesen Kapitalprozen gegenüber wollen wir erst gar nicht reden. Die tatsächliche Abhängigkeit gewisser behördlicher Kreise von den „königlichen“ Kaufleuten, Reedern und Werftbesitzern ist notorisch. Was das für die Arbeiter für Folgen zeitigt, braucht an dieser Stelle nicht ausgemalt zu werden. Die Statistik und die tägliche Erfahrung sprechen da Bände. Sie der allerbreitesten Öffentlichkeit zu offenbaren, wird die vornehmste Aufgabe des Kongresses sein.

Den Regierungen in den interessierten Bundesstaaten, wie auch im Reich, den Parlamenten in den Bundesstaaten und Reich, den Behörden aller Grade und den gewerblichen Berufsgenossenschaften das Gewissen ganz erheblich zu schärfen, dürfte nicht die letzte Aufgabe des Kongresses sein. Die Behörden, die Regierungen, die Parlamente der bestehenden Klassen in unserem Klassenstaat Preußen-Deutschland haben zuviel und zu oft an den in der Schifffahrt und am Schiffbau beschäftigten Arbeitern gesündigt, als daß sie verdienen, in der Kritik geschont zu werden. Unsere auf Schifffahrt und Schiffbau sich erziehende Sozialgesetzgebung ist zu rückständig, als daß wir sie unseren bescheidensten Ansprüchen gerecht werdend nennen könnten. Sie mag den Ansprüchen und Interessen der Unternehmer gerecht werden, nicht aber den der Arbeiter. Der Einfluß des Unternehmertums hat den Karren der Sozialreform vollends zum Stillstand gebracht. Regierung und Parlament scheinen von der Aufassung auszugehen, daß die Kommisschüssel der Arbeiter wirklich bis zum Überlaufen voll ist. Diese Illusion muß der Kongress zerstören. Wir müssen mehr Einfluß auf die Gesetzgebung selbst zu gewinnen suchen; sowohl auf ihr Tempo, wie auch auf ihre Tendenz und Wirkung.

Können uns die einschlägigen Gesetze nach Inhalt und Tendenz nicht gleichgültig sein, so erst recht nicht ihre praktische Anwen-

dung und juristische Auslegung. Der Willkür muß das freie Spiel beschränkt werden. Und wir leiden heute unter einer schrankenlosen Willkür. Das Recht steht nur auf dem Papier und die Rechtsprechung selbst bewegt sich im Rahmen kapitalistischer Interessen. Das erfahren nicht nur die Arbeiter, sondern nicht minder ihre Hinterbliebenen im Falle, daß die Arbeiter als Ernährer ihre gesunden Knochen, ja selbst ihr Leben auf dem Schlachtfeld der Arbeit im schweren Frontdienst lassen müssen. Das öffentlich festzustellen und zu brandmarken, wird sich der Kongress nicht nehmen lassen.

Wir wollen gewiß nicht behaupten, daß es nicht auch schon früher geschehen ist und jetzt nicht geschieht. Wir schätzen die diesbezügliche kritische Tätigkeit der interessierten Gewerkschaften in ihren Versammlungen, auf ihren Kongressen, in ihrer Presse u. s. w. sicher nicht gering ein; auch die sozialdemokratische Tagespresse hat sich um unsere Sache hohe Verdienste erworben, nicht minder die Arbeitervertreter in den Parlamenten. Aber auch da sehen wir noch Mängel und Lücken, selbst Unterlassungssünden. Die Schuld daran tragen wir zum Teil selbst. Die Arbeiter waren bisher viel zu bescheiden in ihrer Kritik der bestehenden Zustände, zu bescheiden in der nachdrücklichen Vertretung ihrer gerechten und minimalen Forderungen. Bei ihnen vermiffen wir die zugkräftigen Maximen der ostelbischen Junker, der westelbischen Industriemagnaten, der Heeder- und Werftprogen. Unsere Schaffsgeduld steigert nur die Unverschämtheit unserer Ausbeuter. Nicht minder die Rücksichtslosigkeit der Behörden, Regierungen und Parlamente, die bisher mit Vorliebe unsere Klagen in den Wind schlugen. Da wird der Kongress als Protestation und Demonstration von guter Wirkung sein, zum mindesten auf die Kreise der interessierten Arbeiter. Ja, wir hoffen sogar, daß es dem Kongress durch schonungslose Kritik, durch rücksichtsloses Aufdecken aller Mißstände und Ungerechtigkeiten gelingen wird, die öffentliche Meinung auf das soziale wie rechtliche Elend der in der Schifffahrt und am Schiffbau beschäftigten Arbeiter hinzuwirken und die Sympathie der Öffentlichkeit für diese zu erwecken.

Aber lediglich in der Kritik in vorerwähntem Sinne sind die Aufgaben des Kongresses nicht erschöpft. Mit vollem Recht wird man auch nach einer anderen Richtung Initiative von dem Kongress erwarten. Man wird in Form von bestimmten Vorschlägen die Grundlagen für die geforderten Reformen fordern. Wir sagen mit Recht, denn wir stehen nicht auf dem Standpunkt, daß nach der Kritik die praktische Initiative zu ergreifen ausschließlich Sache der besoppten Regierungsmänner sei. Der Kongress als Parlament der Arbeit muß seine Initiative aus dem praktischen Leben schöpfen, seine Vorschläge diesen das heißt den wirklich Lebensbedürfnissen der Arbeiter anpassen. So wie die Kenntnis der rauhen Wirklichkeit die Grundlage seiner Kritik bilden wird, so muß er in seinen Vorschlägen das Praktische mit dem Notwendigen zu verbinden suchen. Die vom Kongress angenommenen Resolutionen müssen die Forderungen der Arbeiter unabweisend ausprechen. Forderungen, die nicht nur in ihrem innersten Kern berechtigt, sondern auch unbedingt realisierbar sind. Und die Männer der Praxis, die den Kongress bilden werden, bürgen uns dafür, daß sie ihre, das heißt die Forderungen der Arbeiter, nicht nur mit dem praktischen Bedürfnis, sondern auch mit der Logik und Vernunft in Einklang bringen werden.

Ob die Behörden, Berufsgenossenschaften, Regierungen und Parlamente sowohl aus der auf dem Kongress ebenso sachlich wie berechtigt geübten Kritik, wie auch aus seinen Forderungen und Vorschlägen die von uns erwarteten Lehren und späteren Konsequenzen ziehen werden, steht dahin. Wir sind ja nach dieser Richtung in Deutschland nicht verwöhnt. Jedenfalls werden aber die Teilnehmer des Kongresses nicht verabsäumen dürfen, Vertretern jener vorgenannten Körperschaften Gelegenheit zu geben, an dem Kongress teilzunehmen zu können, um die Klagen und Forderungen der Arbeiter mit eigenen Ohren zu vernehmen. Ob sie die ihnen gebotene Gelegenheit dazu benützen werden, steht auf einem andern Blatte. Die Scheu vor der Wahrheit, die blasse Furcht vor einer eventuellen Aussprache Zahn um Zahn und Aug um Aug hat schon verschiedentlich bei ähnlichen Anlässen die bekannte Wirkung gehabt, daß die Herren entweder plötzlich „erkranken“ oder mit „Arbeiten anderweitig“ beansprucht waren. Sollte das eintreten, dann werden wir uns damit abzufinden wissen. Die Zeit wird und muß kommen, wo auch in der bürgerlichen Gesellschaft Behörden, Parteien und Regierungen sich mit der modernen Arbeiterbewegung auseinandersetzen müssen. Sie können sie weder dauernd ignorieren, noch gewaltsam unterdrücken, sondern müssen mit ihr verhandeln auf dem Boden gegenseitiger Anerkennung. Der Kongress wird, wie wir zu hoffen wagen, die absolute Nichtigkeit dieser Theorie nur wiederum bestätigen.

Soweit die rein öffentlich-rechtliche Seite des Kongresses, seiner Aufgaben und Möglichkeiten. Er ist zwar der erste seines Zeichens, aber er wird und kann nicht der letzte sein und bleiben. Ihm werden weitere folgen, denn der Stein ist im Rollen und nicht nur dieser Kongress, sondern auch seine Nachfolger werden nichts weiter bedeuten als die Erfüllung einer dringenden Pflicht und Aufgabe, sowohl in speziell sozialrechtlicher Beziehung, wie auch allgemein kultureller Beziehung, den interessierten Arbeitern in Schifffahrt und Schiffbau gegenüber.

Offenlich übt der Kongress auch in organisatorischer und agitatorischer Beziehung eine heilsame Wirkung auf die interessierten Organisationen aus, soweit als Ziel die Einigung, am Ende gar die Vereinigung noch vor uns liegt. Im Kampfe gegen die Reaktion, gepaart mit der sozialen und rechtlichen Rückständigkeit ist die Einheit und Einigkeit unsere Mission, ein Stück Lebensfrage. Kann der Kongress auch nach dieser Richtung — wie zu erwarten steht — erproblich wirken und nutzbringende Beschlüsse zeitigen, so wäre sein Zweck doppelt erfüllt und die Wucht der Demonstration und des Protestes verdoppelt und vervielfacht.

Daß wir die Hoffnung aussprechen, daß dies geschehen möge, liegt im Wesen unserer Aufgaben und Ziele begründet. pm

Die Berliner Heimarbeiterausstellung.

Am Mittwoch den 17. Januar, wurde in der alten Akademie, Unter den Linden 38, die zweite Ausstellung an Erzeugnissen der Hausindustrie eröffnet. Die erste fand bereits 1904 anlässlich des Heimarbeiterskongresses in Berlin statt, bei welcher Gelegenheit einzelne unserer Gewerkschaften mit einem ganz eindringlichen Material durch die Ausstellung die Berechtigung und Notwendigkeit der vom Kongress aufgestellten Forderungen demonstrierten.

Die gemeinsame Tätigkeit, die zwischen den bürgerlichen Sozialreformern und den Gewerkschaften sowohl sozialdemokratischer als Christlich-Sozialer und christlicher Objektivität in den beiden letzten Jahren entfaltet worden ist, brachte die heurige Ausstellung zuwege. In großen Zügen, nach einheitlichem Gesichtspunkte organisiert, soll sie der gesamten Öffentlichkeit das schreiende Elend der Arbeiter der Armen zu Gemüt führen. Mehr als Hunderte von diesen Elendern, die in den Bibliotheken verstauben, es je vermögen, soll sie an Besuchen ein Bild des Elends ins Herz zeichnen, das keine Zeit verweilt. Und sie gibt der Presse Anlaß, sich über die Materie zuzuwenden, durch Hunderte von Zeitungen Millionen von Lesern den Fluch der Hausindustrie eindringlich vor Augen zu führen. Die Öffentlichkeit aufzupfeisen, sie gegen diese vertierendere Form des Kapitalismus im wahrsten Sinne des Wortes zu „verheizen“, nicht durch „tendenzlose“ Reden und Schriften, sondern durch das Einwirken der Tatsachen, das ist ein wesentlicher Zweck der Ausstellung.

Die Hausindustrie ist eine der raffiniertesten Formen kapitalistischer Ausbeutung. Nicht deswegen, weil hier vorwiegend die Arbeitskraft schwacher Frauen und stehender Kinder, denen jeder, auch der kleinste Sonnenstrahl der Kindheit entrißen, ausgebeutet wird. Denn auch in der Fabrik werden Frauen und Kinder bis auf die Knochen ausgefogen. Aber deshalb, weil gegenüber der Hausarbeit jeden Geheges Auge schläft, folglich die Ausbeutung in rücksichtsloser Weise betrieben werden kann und wird. Und deshalb, weil der Heimarbeiter hermetisch von der gesamten Außenwelt abgeschlossen wird, jeder selbständigen Regelung, jedem selbständigen Gedanken beraubt. Auf der weiten Welt sind ihm nur drei Dinge bekannt, seine armelige „Wohnung“, zugleich seine und seiner Familie Arbeitsstätte, Küche, Schlaf- und Bohnraum; der Unternehmer, der ihm für schändlichen Hungerlohn ein unfabares Quantum Arbeit abpresst; und schließlich der liebe Gott, der ihm vom Priester gratis ins Haus gebracht wird. So vergeht er dahin, Generation auf Generation, ohne Gedanken, ohne Bedürfnisse. Die einzigen, die sich stets seiner erinnern, sind: der Ausbeuter und die — Schwindfuch.

Die Hausindustrie möge dem Namen nach ein Überbleibsel der Vergangenheit sein. In der Arbeitsmethode ist sie heute indessen eine durchaus „moderne“, das heißt kapitalistische. Davon gibt die heurige Ausstellung ein herabes Zeugnis. Nicht am wenigsten die Ausstellung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Die eigentliche Haharbeit ist Fabrikarbeit, das Harten, Schleifen, Zusammenfügen der einzelnen Teile von Messern, Scheren u. s. w. dagegen Heimarbeit. So wird diese zu einer Teilarbeit der kapitalistischen Produktion. Eine Teilarbeit, die allerdings sowohl qualitativ als quantitativ in der Fabrik ebenso gut und besser hergestellt werden könnte, dann aber sowohl in der Ausbeutung etwas eingeschränkt sein und an Arbeitslöhnen ein Mehr erfordern würde; zwei Faktoren, die für das Unternehmertum ausschlaggebend zugunsten der Hausindustrie sind.

Doch zu der Ausstellung selbst. Das von Käthe Kollwitz entworfene Ausstellungspalast läßt eine hagere, abgeplünderte Heimarbeit in ihrer mühen Augen dumpfen Blick auf die eleganten Garbetoben der aristokratischen und aristokratischen Damen der „oberen Zehntausend“ schweifen, die in den Linden in ihren Equipagen spazieren fahren und die sich zweifelsohne mit Entsetzen von dem „häßlichen“ Palast abwenden, die Falten ihrer wertvollen Roben, die von der armen, „häßlichen“ Heimarbeiterin angefertigt, obgleich aus den luxuriösen Salons von Gerson, Herzog u. s. w. bezogen, mit ängstlichen Blicken prüfend. Dies bezeichnende Palast, an der weltbekanntesten Straße Berlins, demonstriert in schlagendster Weise den herben Unterschied der beiden Klassen, der in den palastähnlichen Villen des Berliner Westens regierenden Frauen der Aristokratie und der Bourgeoisie, und der in den dunklen, trüben Schmutzlöchern der großstädtischen Mietskasernen und in den zusammenfallenden Gütten des Schwarzwaldes hausenden Heimarbeiterinnen.

Der durch seinen Umfang wirksamste Teil der Ausstellung ist zweifelsohne der des Deutschen Holzarbeiterverbandes. Mit großem Fleiß und viel Umzicht ist hier das Material zusammengetragen aus dem Erzgebirge, dem Schwarzwald, aus Nürnberg, Mittenwald a. d. Isar, Sonneberg, Frankenhausen, und auch die Reichshauptstadt ist vertreten. Besonders hervorzuheben ist vor allem auch die zweckentsprechende Übersichtlichkeit der den ausgestellten Gegenständen beigelegten Erklärungstabellen, die in trockenen Zahlen das Kraße des Heimarbeiters in überwältigender Weise illustrieren. Hierbei kann dem Kuratorium, dem die Vorbereitung der Ausstellung oblag, nicht der Vorwurf erspart werden, daß es nach dieser Richtung hin weniger umfänglich verfahren ist. Deshalb sind nicht einheitlich solche Fragebogen herausgegeben worden, als die Gegenstände gesammelt werden sollten, wie sie hier der Holzarbeiterverband aus eigener Initiative verwendet hat und die nicht nur Aufklärung geben über den erzielten Stundenlohn, sondern auch über die Tätigkeit der einzelnen Personen, die an der Herstellung beteiligt sind, teilweise auch über Fabrikpreis der Waren u. s. w.

Aus dem Erzgebirge wirkt die Ausstellung des Holzarbeiterverbandes äußerst wirksame Streifbilder auf die Verhältnisse der Arbeiter der Spielwarenindustrie. An kleinen Tierfiguren aus Holz (Pferden u.) arbeiten zwei männliche Erwachsene 150 und eine Frau 66 Stunden, zusammen 216 Stunden Arbeitszeit. Die 216 Arbeitsstunden bringen ihnen zusammen 8,50 Mk. ein, gleich einem

Stundenlohn von 2 Pf. Bei kleinen Schiffen aus Holz mit 2 Segeln sind 1 Mann 90 Stunden, 3 Frauen zusammen 220 Stunden und 2 Kinder 96 Stunden beschäftigt, Summa 406 Arbeitsstunden. Der gemeinsame Wochenverdienst der 6 Personen beträgt 18 M. oder etwa 5 Pf. die Stunde. Bei kleineren Schiffen werden sogar Stundenlöhne von nur 2 1/2 Pf. erzielt. Oder die von den Knaben zur Weihnachtszeit so heiß begehrten Festungen: Der Mann, Fabrikarbeiter, arbeitet wöchentlich 72 Stunden in der Fabrik; zu Hause als Heimarbeiter 18 Stunden, die Frau 72 Stunden und 4 Kinder zusammen 150 Stunden, macht zur Herstellung des wöchentlichen Arbeitsquantums — abgesehen von der besonderen Arbeitszeit des Mannes in der Fabrik — 246 Arbeitsstunden. Der „Lohn“ hierfür beträgt insgesamt — 3 M. Die Herstellung von 1 Gros Federlästen, 144 Stück, erfordert 17 Arbeitsstunden. Bezahlt wird dafür 2 M. Nach Abzug von Material und Miete für die Säge bleibt ein Verdienst von 1 1/2 Pf. pro Stunde.

Die Berliner Stodindustrie verzeichnet Einkommen von 19 M. pro Woche; die Korbmacher in Berlin erzielen bei 63stündiger Arbeitszeit einen Wochenlohn von 23,50 M. In der Korbwarenindustrie in Oberfranken erzielt ein Mann bei 72stündiger Arbeitszeit den horrenden Verdienst von — 6,80 M. pro Woche.

Die weltbekannte Bleistiftfabrik von Johann Faber in Rürberg läßt das Polieren etc. in der Hausindustrie ausführen. Bei 70stündiger Arbeitszeit einer Frau und 20stündiger Arbeitszeit eines Kindes bringen es die beiden auf einen Wochenverdienst von zusammen — 5 M.

In der Musikinstrumentenfabrikation in Mittenwald (a. d. Isar) bringt es ein Violinarbeiter bei 72stündiger Arbeitszeit auf einen Wochenverdienst von 9,60 M. Er erhält für Violinen, die bis zu 100 M. das Stück verkauft werden, ganze 2,20 M. Arbeitslohn. Das ist keine Ausbeutung mehr, das ist Diebstahl, verübt sowohl an dem Arbeiter wie an dem Käufer des Instrumentes.

Die Spielwarenindustrie in Sonneberg verzeichnet bei der Herstellung von Puppen mit Wackelkopf und Flachschraube einen Arbeitslohn von pro Duzend 5,80 M. Daran partizipieren 2 Erwachsene und 3 Kinder, die es auf einen gemeinsamen Wochenverdienst von 22 M. bringen. Puppen und Tiere aus Pappmaché bringen einen Arbeitslohn von etwa 10 Pf. die Stunde. Chirurgische Artikel, wie künstliche Augen, eine durchaus qualifizierte und künstliche Arbeit, brachten einen Arbeitslohn von 27 Pf. die Stunde.

Sollen wir von der Ausstellung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes reden. Es sind gar zu traurige Entwürfe, die diese in die Verhältnisse der Heimarbeiter gewöhrt. Eine erschöpfende Darstellung der Verhältnisse in der Solinger Messerindustrie hat Kollege Spiegel in Nr. 7 der Metallarbeiter-Zeitung von 1904 gebracht. Hier soll nur erwähnt werden, daß auf der Ausstellung erste Qualitäten (der Arbeit nach) von Taschenmessern vertreten sind, für deren Zusammenfügung ganze 1,30 bis 1,40 M. per 100 Stück gezahlt werden. Der VII. Bezirk des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zeigt uns Münze für Tafelbesteck, für deren Herstellung — sage und schreibe — 36 Pf. für 100 Stück gezahlt werden.

Noch schümmer steht es in der Uhrenindustrie in St. Georgen aus. Wir sehen da eine „Kuckuckenuhr“, für deren Zusammenstellung (23 Teile) 45 Pf. gezahlt werden. Dabei müssen 3 Teile von dem Arbeiter selbst geliefert werden, die etwa 5 Pf. kosten. Bei Anstrengung aller Kräfte bringt es ein geschickter Arbeiter auf 22 Pf. die Stunde. In der Triberger Uhrenindustrie wird für Rechenträder, Feigerräder, Laufwerke pro 100 Stück 40 Pf. gezahlt, wobei ein Stundenverdienst von 14, 16 bis höchstens 20 Pf. erzielt wird.

Den Bögel schießt indessen die Thürberg-Fürther Spielwarenindustrie ab. Für das Aufhängen, Bemalen und Lackieren von Bleistiften, was noch Pinself und Farbe selbst zu liefern sind, bringen es Eltern und 2 Kinder auf ein gemeinsames Einkommen von — 10 Pf. die Stunde. Eine 31 Jahre alte, geschickte Arbeiterin bringt es beim Zusammenfügen und Lackieren von Groisblechwaren auf 6,50 M. Wochenverdienst. — Für das Zusammenlöten der Teile werden für 100 Stalitäten ganze 9 M. bezahlt etc.

Besonders interessant sind eine Anzahl Photographien, vom Deutschen Metallarbeiter-Verband angefertigt. Eine davon: „Fabrikbetrieb eines aufgehenden Millonärs“, wie ihr Titel etwas prächtiger klingen mag, zeigt uns eine Schmiede für 2 Mann. Der Raum ist 4 1/2 Meter breit, 5 Meter lang und 2 1/2 Meter hoch. Darüber in der — Scheide — Wir sehen weiter eine 65jährige Greis im Heilen von Stiefeln; die Arbeit bringt ihr für das Duzendpaar — 2 Pf. ein.

Recht wirksam ist auch eine Photographie von Kindern zwischen 3 und 11 Jahren, Heimarbeiter verzeichnend, angefertigt vom deutschen Metallarbeiter-Verband. Daneben ist eine Anzeige angesetzt: „Sehr lohnende Hausarbeit. Leicht, saubere und lohnende Hausarbeit, wobei eine geschickte Arbeiterin täglich 1,50 bis 2 M. verdienen kann und welche sich ohne Aufsehen in Küchen oder Handarbeiten besonders leicht, wird unüblichen Stunden fast verabsolgt. Auch, Peterstraße 50; Glendorf, Strimstraße 1. Denkschrift über den 1. Tag in der 1. Stunde! — Der herrliche Lohn von 1,50 M. pro Tag ist aufsehend, Frauen aus besseren Stunden“ zugesandt, die „ohne Aufsehen“, um nicht ihren „Stand“ zu schänden, die Arbeit

in einer kleinen niedlichen Handtasche nach Hause transportieren, wo die Schinderei zur Erhaltung eines „Handesgemäßen“ Ausretens nach Nutzen dann losgehen kann. Die schändliche Heuchelei dieser Kreise, die durch die Anzeige aufgedeckt wird, wirkt noch deprimierender als das Geld selbst.

Aus der Kreisfelder Textilindustrie finden wir einige herrliche Seidenwebereien, die ihren Arbeitern alle Ehre machen. Darunter sind Kaiserblümige (für das Duzend 3 M. Arbeitslohn). Für Bildnisse des etwas kleineren Bindhorsts werden 2,40 M. für das Duzend gezahlt. Arbeitszeit bei beiden etwa 8 Stunden.

Die Ausstellung der Hutmacher zeigt uns alte Lumpen, gewesene Zylinderhüte, die aus England importiert wurden und hier den Heimarbeitern für 12 M. das Duzend verkauft werden zu neuem Emporheben früheren Glanzes. Die alten Lumpen werden in der Heimarbeit aufgearbeitet und „neue“ Seidenhüte erwarten das Haupt, diesmal ein deutsches, das sie „verschönern“ sollen. In einem solchen hergestellten Gut, der dem deutschen Heimarbeiter 42 Pf. Stundenlohn einbringt, fanden wir in englischer Sprache den sinnreichen Spruch: „Schmach über den, der Arges dabei denkt!“

In der Ausstellung nimmt weiter die Schuhwarenfabrikation, das Portefeullegewerbe, die Textilindustrie, künstliche Blumen- und Federfabrikation etc. und vor allem die Konfektion einen breiten Raum ein. Wir kommen hierauf noch zurück. Erwähnen wollen wir noch, daß während der Ausstellung an den Abenden in Berlin eine Anzahl Vorträge über die Heimarbeit und deren Schäden gehalten werden, wodurch der propagandistische Wert der Ausstellung zweifelslos noch bedeutend erhöht wird.

Großindustrielle gegen die Forderungen der Ärzteschaft.

X „Spät kommt ihr, doch ihr kommt!“ heißt es im Wallenstein. Sehr spät, hoffentlich nicht zu spät, kamen auch endlich die Industrie- und Handelsvereine von Rheinland und Westfalen, um gegen die Forderungen scharfmacherischer Ärzte zu protestieren. Bis jetzt waren es nur die „roten“ Ortskrankenkassenvertreter, die den Kampf aufgenommen hatten, die zur Zielscheibe der kampfbegeisterten Jünger Astulaps wurden. „Freie Arztwahl“ — „hohe Arzthonorare“ war der Schlachtruf dieser Herren, die sich merkwürdigerweise der Hilfe unserer Behörden voll und ganz zu erfreuen hatten.

Ehedem war jeder Anhänger der freien Arztwahl ein Sozialdemokrat, weil dieses System zuerst von den Hilfskräften gefördert, von der Reaktion aber als „unethisch“ bezeichnet wurde. Heute weigern sich nun viele Ortskrankenkassen mit Recht, sich den Forderungen der übermächtigen Ärzteschaft freizugeben und werden deshalb als — Sozialdemokraten denunziert. „Wie's trefft!“ Deshalb ist es doppelt interessant, daß endlich auch die „hinterhaltenden“ Industriebarone Rheinlands und Westfalens gegen die Forderungen der Ärzteschaft vorgehen. Der „Vorstand rheinisch-westfälischer Betriebskrankenkassen“ hat dem Reichstag eine „Denkschrift“, betreffend das Verhältnis zwischen Krankenkassen und Ärzten, mit der Bitte überreicht. „Sie bei der in Aussicht stehenden gesetzlichen Regelung der ärztlichen Versorgung auf dem Gebiet der reichsversicherungsrechtlichen Versorgung geachtet zu berücksichtigen“. Die Namen der Unterzeichner dieser Denkschrift: Kämpfer-Göhr, Dr. Saare-Schum, Güter-Gesellschaft, Köhler-Vogel, Schmidt-Wilhelm a. A., Dr. Siemens-Dortmund u. i. m. bürgen dafür, daß die Patienten wirklich keine — „Ansprücker“ sind. Die Denkschrift bemerkt, daß der Verband der Kassen „in sämtliche Krankenkassen der größeren Werke der Eisenindustrie, des Bergbauwesens“ etc. angehöre, die über eine Mitgliederzahl von einer „halben Million“ verfügen. Interessant ist es, daß die Unternehmer — denn die Besprechungen selbst sind doch bei den Betriebskrankenkassen ohne Geschäft — in dieser Denkschrift geben, daß die Ärzteschaft zuerst gegen die Ortskrankenkassen nur allein mobil machte und unsere Industriebarone diesem Kampfe mit Behagen zusahen, bis auch die Stelle in das Lager der — Betriebskrankenkassen zogen. Was weiter ist, daß die organisierten Ärzte jetzt eine ansehnliche Kampfesstellung gegenüber allen Krankenkassen einnehmen.“ Sie sprechen — und deshalb die Denkschrift! — Sei es auch den Betriebskrankenkassen an den Krügen gehen soll!

Die „ärztliche Versorgung der Versicherten“, so führt die Denkschrift aus, ist bei der großen Mehrzahl der Betriebskrankenkassen ihres Verbandes nach dem System der beschränkt freien Arztwahl geregelt, so daß also nur eine „dem Bedürfnis entsprechende Anzahl“ bestimmter Ärzte als „Kassenärzte“ existiert. Die Forderung der ärztlichen Versorgung erfolge nach dem „Bedürfnis“, also nach „Alter, für das Krankenmitglied und das Jahr der Erkrankung“ etc. Das wollen die Ärzte aus betriebl. Stande einer bestimmten Anzahl Ärzte sollen alle Ärzte des Landes zur Kassenpraxis zugelassen werden, die nach Einzelverträgen bezahlt werden sollen.

Heute können die Krankenkassen, wenn die Denkschrift, noch die Möglichkeit, „unter den in Betracht kommenden System die tüchtigsten und reichsten Elemente auszuwählen, welche auch die für die ärztliche Versorgung erforderlichen sozialpolitischen, wirt-

schäftlichen und gewerbehygienischen Kenntnisse besitzen. Diese Kenntnisse kann der junge Arzt nach Lage der Verhältnisse nicht durch das Universitätsstudium, sondern erst in der Praxis des Lebens erwerben.“ Gut. Welches Geschrei erhoben aber die Ärzte, als die „belagerten“ Ortskrankenkassen dasselbe erklärten?

Unsere Industriebarone sind deshalb Gegner: 1. der freien Arztwahl, 2. der Bezahlung der ärztlichen Leistungen nach den Mindestsätzen der Gebührenordnung und 3. vom Abschluß der Arztverträge durch Vertragskommissionen, statt mit dem einzelnen Arzte. Die Unternehmer sind da nur „konsequent“! Sobald sie einmal zugeben, daß Arztverbände für ihre gesamten Mitglieder „Tarifverträge“ abschließen, kommen doch sicher auch die Kassenmitglieder und fordern als Arbeiter des Betriebs dasselbe Recht für sich.

Die Denkschrift wendet sich deshalb entschieden gegen diese Forderungen, weil ja „nur der organisierte Arzt zur Kassenpraxis zugelassen werden soll“ — „die auf Kassenpraxis angewiesenen Ärzte demnach in vollständige Abhängigkeit von der Organisation gebracht werden.“

Die Krankenkassen wären danach machtlos, da sie dann der Ärzteorganisation unterstellt würden, die ihnen „jeden im Bezirk ansässigen Arzt, ohne Rücksicht auf seine ärztliche Qualifikation, aufzubringen“ vermöge. Falls sich es, daß die „angeblich vorhandene allgemeine wirtschaftliche Notlage des Ärztestandes auf den Umstand zurückzuführen sei, daß durch die Krankenversicherung gerade diejenigen Kreise der freien ärztlichen Behandlung entzogen werden, welche für den jungen Arzt zunächst in Betracht kommen“. Von 60 Millionen Einwohnern des Reiches seien doch nur etwa 11 Millionen der Krankenversicherung unterstellt. Nehme man noch die Zahl der Familienangehörigen hinzu, die bei manchen Klassen auch freie ärztliche Behandlung erhalten, so könne angenommen werden, daß etwa 17 Millionen ihre ärztliche Versorgung durch die Krankenkassen erhalten, also „immer noch ein Viertel von 43 Millionen für die freie ärztliche Praxis verbleibt!“ Also!!

Weiter heißt es: „Was nun die Notlage des Ärztestandes, soweit von einer solchen überhaupt gesprochen werden kann, selbst betrifft, so beruht sie auf ganz anderen Ursachen als der Entwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung. Sie findet ihre natürliche Erklärung in der Überfüllung des ärztlichen Berufs.“ Im Jahre 1885 kamen auf einen Arzt 2972, während 1894 noch 2804, im Jahre 1904 gar nur noch 1949 Einwohner entfielen.

Die Bevölkerung Deutschlands habe in diesen 20 Jahren um 27 Prozent zugenommen, während die Zunahme der Ärzte 93 Prozent betrug, von 16784 auf 30457 gestiegen sei! Daher Überfüllung des ärztlichen Berufs in der Großstadt, von dem auch die Migration für Einführung der freien Arztwahl ausgehe, Arztnot auf dem Lande.

Die einzelnen Ärzte hätten jedoch von der freien Arztwahl nicht den erhofften Gewinn! Die Tabellen der Ortskrankenkasse Frankfurt a. M. für 1904 beweisen deutlich, daß 14 Ärzte von 214 ein Viertel der gesamten Kassenpraxis trotz zehnjährigen Bestehens dieses Systems innehaben.

Unsere Unternehmer lehnen deshalb die Einführung der freien Arztwahl ab, weil diese: 1. im „Widerspruch mit dem Selbstverwaltungsgesetz“ der Kassen stehe, die Vertragsfreiheit der Krankenkassen aufhebe und sie auf die Arztverbände übertrüge; 2. den Kassen unbesiegt jeden im Kassenbezirk wohnenden Arzt aufzwinge; 3. die persönlichen Beziehungen zwischen der Kassenverwaltung und den Ärzten abbreche, die dann weniger Anteil an dem Wohle der Kasse nehmen, in Abhängigkeit von den einzelnen Kassenmitgliedern geraten; 4. das System zur Erhöhung der Arzt- und Arzneikosten. Förderung des Simultantentums beitrage, und nur diejenigen Ärzte bevorzugt würden, die am allerentgegenkommensten seien; 5. die Verschönerung der Kontrolle der Kranken in unerwünschter Weise das Spezialistentum unter den Ärzten fördere etc. Alle Krankenkassen hätten deshalb dieses System als sehr teuer empfunden.

Auch die Forderung der Ärzte: „Bezahlung nach den Mindestsätzen der ärztlichen Gebührenordnung“ sei abzulehnen. Wohl seien die Ärzte bereit, sich mit 22 1/2 Prozent der Jahreseinkommen der Kassen zu begnügen, wenn die Beiträge das höchste Maß erfahren würden. Es müßten demnach 6 Prozent des Lohnes als Beiträge künftig erhoben werden statt 3 bis 4 Prozent von heute, so daß also ein Arbeiter mit 3 M. Tagelohn das Jahr 54 M., bei 5 M. Tagelohn gar 90 M. als Beitrag für die Krankenkasse das Jahr zu zahlen habe, bei der Erteilung immer noch 60 M. das Jahr vom Arbeiter direkt eingezogen werden müßten.

Da der Arzt von heute in einer Stunde oft 20 bis 30 Fälle in seiner Sprechstunde behandelte, so würden „finanziell unabsehbare Folgen für die Krankenkassen“ entstehen, wenn der Arzt für jeden unbedeutenden Fall, jede einfache Leistung, immer nach dem Minimum der Gebührenordnung bezahlt werden müßte. Heute schon verlangen Ärzte allein nur für Ausfertigung des Krankenscheins oft 2 bis 3 M. Die Krankenkassen können sich auf Grund der ihnen obliegenden Verantwortlichkeit ihres Einflusses auf die Aus-

* Siehe auch die Denkschrift unseres Genossen Ed. Graf, Frankfurt a. M., betitelt: „Bezahlung der Ärzte und Krankenkassen“. 80 Seiten. Preis 20 Pf. Verlag der Union-Druckerei Frankfurt a. M.

Technische Rundschau.

Bekannt ist das Verfahren der Gaszerlegung, durch Gaszerlegung von Formwasserstoff nicht nur die Arbeitskraft immer mehr anzuhäufen zu können, sondern auch an Stelle der getriebenen Form immer mehr „angelehnt“, vor allen Dingen billiger Arbeiter einzuführen. Die Gaszerlegung wird von einem neuen Verfahren zur Verwertung von Wasserstoffgas zu berichten, das seit 2 1/2 Jahren in einem großen Eisenwerk in Pittsburg in Betrieb ist. Der Hauptteil der Anlage besteht aus einem kreisförmigen, geschlossenen System von 30 1/2 Meter Durchmesser, um das sich ein auf Rollen laufendes, erdenschwerer Ring zur Aufnahme der Formstücke herumlegt. Auf dem Ring haben 72 Formstücke Platz. Dieser Ring wird durch radförmig, jedesmal um die Breite des von einem Formstück ein- und ausgetauschten Stabes verfahren. Das Gasstromsystem an einer Stelle unter Beibehaltung von sehr niedrigen, die auf die gewöhnliche Weise eingeleitet werden, während der Zerlegung immer abfließen. Eine besondere Vorrichtung schneidet den Gasstrom per Stille. Zur bequemeren Handhabung der Stäbe und der Formstücke sind mehrere Strome vorhanden. Man kann hier ganz nach Formwasserstoff bedürfen, jedoch hat in der gesamten Anlage sich die Verwendung von Handarbeit immer noch als geschickelt gezeigt. Bei den Versuchen der Formwasserstoff zerlegung die Wege mit der Form in die Gaszerlegung. Das Gas wird nun durch geschlossenen Kanälen geleitet. In der Höhe befindet sich ein Ring zur Befestigung der Gaszerlegung. Nach dem Gas zerlegt ein Ring mit der Formstücke weiter zu zwei anderen Stroman, die es nach hinunter Gas zerlegen und einer Anzahl Gaszerlegung. Bei dieser Gelegenheit fällt der Gasstrom in eine Formwasserstoff, die ihn zu einer Seite und zerlegen Gaszerlegung bringt. was sich in ein Ringen Stab geschickt und zur Gaszerlegung geschickt. Der letztere Gaszerlegung zerlegt weiter bis er wiederum in diese Form zerlegt, der da von dem Zerlegen Formwasserstoff 3 lang einen letzten Stab zerlegt. Dieser wird dann bis zur

Zerlegung der Form und des Stabes beginnt von neuem. Der ganze Prozess dauert 1 Stunde und 45 Minuten. Für den Ringbogen ist eine Formwasserstoff von 10 Formstücke erforderlich. Die Form wird durch das Zerlegen 5 Prozent der bisherigen Formstücke zerlegt haben. Der Zerlegung soll nur 2 1/2 Prozent ausmachen. Die Gaszerlegung funktioniert kreisförmig während der ganzen Arbeitszeit. Jeder Arbeiter hat nur einige wenige, immer wiederkehrende Handgriffe auszuführen, die ihm in kurzer Zeit beigebracht werden können, so daß es sehr leicht möglich ist, einen Arbeitermann anzustellen oder zu entlassen. In der Zeit eines Zerlegens, die sich bei zerlegender, das heißt vollständig getriebener Formwasserstoff zerlegung als eine der geschicktesten Formwasserstoff zerlegung wurde, unter dem jetzigen, kreisförmigen System aber in einer Stunde ganz besonders dazu dienen wird, die Arbeitskraft bis zum Ende der Zerlegung zu erhalten. Das geht über das hinaus, was der einzelne Arbeiter in der Lage ist, den Gang der Zerlegung zu regeln. Ein Gaszerlegung. Er wird den Gang der Zerlegung folgen. Je länger er es ausführt, hier wird der Ring per Stäben der Zerlegung in einigen Stunden des Zerlegens.

Ein neues Verfahren zur Gewinnung von Kupfer ist von einem Engländer an der University of Manchester in Wien erfinden worden. Dadurch wird die bisher übliche, unökonomische und kostspielige Zerlegung der Kupfererze überflüssig. Es handelt sich um ein neues Verfahren zur Gewinnung von Kupfer aus Kupfererzen. Das Verfahren ist im wesentlichen folgendes: Nachdem das Erz von dem teuren Gestein befreit ist, kommt es nicht ohne entsprechende Menge Kohlen und Brennmaterial in einem Glaskessel, wo es bis auf 1300 Grad erhitzt wird. Das Kupfererz schmelzt dann aus und bleibt am Grunde des Kessels liegen. Das Eisen verbindet sich mit dem übrigen Formwasserstoff zu einer Schlacke. Die Zerlegung des Kupfererzes kann in der bisherigen Weise vorgenommen werden. Man muß nur nur nur, daß nach dem Zerlegen auf eine theoretisch je

Als neuer Konkurrent der Elektrizität, besonders im Kleinbetrieb, tritt seit einiger Zeit das Acetogenas (Sulfogas) auf. Dieses Gas wird dadurch hergestellt, daß man Luft mit Dampf von Benzin, Gasolin, Benzol oder ähnlichen Stoffen mischt und dadurch brennbar macht. Da aber die Aufnahmezeitigkeit der Luft von dem Barometerstand, ihrer Temperatur und ihrem Feuchtigkeitsgehalt abhängig ist, zum Beispiel warme oder trockene Luft mehr von den zugeführten Dämpfen absorbiert kann als kalte oder feuchte, entsteht die Gefahr, daß die in der geheizten Gasanzahl angewärmte Luft in der Rohrleitung abkühlt und einen Teil des aufgenommenen Brennstoffes zurückbleibt. Um dies zu vermeiden und um dem Gas eine stets gleiche Zusammensetzung zu sichern, werden der Luft stets kleine Mengen Dämpfe beigegeben als zu ihrer Sättigung nötig wären. Da es möglich ist, Glühbirnen zu verwenden, können auch solche Brennstoffe vergaszt werden, die mit nicht leuchtender Flamme brennen. Apparate zur Erzeugung des Acetogenas werden von der Amberger Maschinenfabrik und von der Acetogenasgesellschaft Hannover angefertigt.

Verfahrenstechniken existieren heute für die verschiedensten Zwecke der Technik. Teils sind dies vom Staate betriebene Anlagen, teils wirtschaftliche und private Anlagen. Die Firma J. S. Dominicus & Söhne in Hemscheid-Bieringhausen beschäftigt eine solche für Sägen im Leben zu rufen. Auf diesem Gebiet ist wirtschaftlich bisher wohl noch mit am wenigsten gearbeitet worden. Und doch erscheint dies notwendig, wenn man bedenkt, daß allein in Deutschland jährlich für rund 600 Millionen Mark Holz verbraucht werden, das mehr oder weniger gesägt werden muß. Bei dieser Holzmenge werden für 200 Millionen Mark aus dem Ausland eingeführt. In der Praxis nimmt man allgemein an, daß kein Sägen ein Verlust in Bezug von Sägespänen und Abfall von durchschnittlich 20 Prozent entfällt. Demnach gehen bei der Holzverarbeitung in Deutschland jährlich ungefähr 120 Millionen Mark verloren, die bei der Fernerzeugung der Abfälle natürlich nur teilweise wieder gewonnen und infolge dessen von den Fabrikanten

gabe nicht begeben. Es ist daher eine Begrenzung der ärztlichen Ausgaben in der Form der Pauschalierung — Quotifizierung — geboten, wenn diese Ausgaben nicht ins Ungemessene steigen sollen.“ Würde man die geforderte Quote von 2 1/2 Prozent des Beitrags verlangen können, so würde sie für die Kasse „wöllig unannehmbar“, da bei 54 M. Jahresbeitrag für das Kaffeemitglied allein 12,15 M., bei 74 M. Jahresbeitrag 16,20 M., bei 90 M. Jahresbeitrag 20,25 M. das Jahr, ohne Familienbeihilfe, an Arzt Honorar bezahlt werden müßten. Statt 4 M. pro Kopf müßten die Betriebskassen also künftig 12 bis 20,25 M. pro Kopf und Jahr zahlen. Ähnlich sei es auch mit dem Honorar für die Familienbehandlung, das „entsprechend“ erhöht werden soll und nach obiger Berechnung statt 12 M. künftig bis 60,75 M. betragen würde. Schluß hätten nun die Ärzte in ihrer Eingabe an die Regierung als Beispiel nur den Arbeitslohn mit 500 M. pro Kopf angenommen und daher auch niedrigere Beiträge und Honorare herausbekommen als mit hohen Lohnsätzen. Stolz erklären unsere Eisenbauern, „ein so geringer Durchschnittslohn dürfte indes in Industriegegenden kaum vorkommen!“ Schade! Nicht wahr?

Es sei unwahr, daß die Krankenkassen zu niedrige Honorare zahlen würden. Im Jahre 1903 wurden 45 1/2 Millionen Mark von den Krankenkassen Deutschlands an die Ärzte bezahlt. Der Arztverband habe aber selbst damit renommier, daß infolge seiner Tätigkeit im letzten Jahre allein 8 Millionen Mark Honorarerhöhung erzielt worden sei, so daß heute mehr als 54 Millionen Mark bezahlt würden. Auf den Kopf des Arztes würden jedoch durchschnittlich 6200 M. Honorar entfallen, wenn die übrigen 48 Millionen nicht versicherten Deutschen „im gleichen Verhältnis“ zu der Einnahme der Ärzte beitragen würden.

Die Ärzteorganisation aber sei heute eine Macht geworden und „der größere Teil der angesehenen Tagesblätter steht unter dem Einfluß der Ärzte“. Das scheinen eben die Söhne und Schwiegeröhne so mancher Kapitalisten von ihren „Ältern“ gelernt zu haben, die ja auch die angesehensten Tagesblätter gekauft haben, um im Kampfe gegen die Arbeiterzeitung jederzeit „warme Hilfe“ zu haben! Auch die „Ghrbegriffe“ unserer Ärzteschaft sollte unsere Großindustriellen nicht zu sehr wundern, da auch diese die „Achtung ihrer Standesgenossen auf wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Gebiet“ meisterhaft verstehen, wenn diese etwa gar zu arbeiterfreundlich werden sollten. Die in der Denkschrift gerügte „Gavetafel“ der Ärzte hat doch eine verdammte Ähnlichkeit mit den schwarzen Listen unserer Schlotbarone. Gleich von ihrem Fleiß! Deshalb ist diese Denkschrift doppelt interessant, zumal sie zu demselben Resultat und zu den Forderungen der organisierten Arbeiterschaft kommt, daß die approbierten Ärzte künftig verpflichtet sein sollen, zu behandeln und bei Arztstreiks z. B. den Besichtigten an Stelle der ärztlichen Behandlung eine angemessene Geldentschädigung gewährt werden könne. Daß die „Vertragsfreiheit der Krankenkassen bei Abschluß von Verträgen gewahrt werde“, „die Einführung der unbefristeten freien Arztwahl gesetzlich nicht festgelegt“, statt „Einzelleistungen nur in Pauschalen honoriert werden müssen“, fordern die Industriellen, folglich müssen sie auch künftig gegen jede Beschränkung des Selbstverwaltungsrechtes der Krankenkassen mit uns protestieren! Wird das aber geschehen? Abwarten!

Aus Dänemark.

Für den dänischen Schmiede- und Maschinenarbeiter-Verband ist das Jahr 1905 ein Jahr des Fortschrittes auf fast allen Gebieten gewesen, abgesehen davon, daß circa 8 Prozent seiner Mitglieder das Jahr hindurch arbeitslos gewesen sind. Damit ist glücklicherweise eine Abnahme zu merken, und für das kommende Jahr sind die Aussichten bedeutend besser. Namentlich ist die Arbeitsmenge auf den Schiffswerften in Kopenhagen und Helsingör stark im Zunehmen begriffen, was von großer Bedeutung ist.

Obgleich die Konjunkturen bisher nicht die besten gewesen sind, ist es uns doch geglückt, eine Reihe Verbesserungen zugunsten der Arbeiter des Faches durchzusetzen. Es wird nicht unbekannt sein, daß wir schon seit einer Reihe von Jahren Abmachungen mit der Organisation der Unternehmer gehabt haben, und daß diese Abmachungen in fast sämtliche Arbeitsverhältnisse in den Werkstätten eingreifen. Natürlich wird hierdurch den Zentralleitungen beider Parteien eine kolossale Arbeit auferlegt; aber dies ist infolge der breiten Grundlage, die wir hier für unsere Organisation geschaffen haben, zum großen Vorteil für uns.

Unsere Bestrebungen sind namentlich auf die Erhöhung des Durchschnittslohnes in den einzelnen Fabriken und Branchen gerichtet gewesen. Ein Minimallohn ist jetzt bekanntlich für das ganze Land und das ganze Fach festgesetzt; aber es gibt noch Arbeitsverrichtungen, bei welchen dieser Minimallohn nicht viel zu bedeuten hat. Wenn Lohnforderungen gestellt werden, entweder unmittelbar von den Arbeitern oder mittelbar durch die Verbandsleitung, wird der Durchschnittslohn für die einzelnen Arbeitsleistungen festgesetzt, indem darauf Rücksicht genommen wird, ob in Afford gearbeitet wird oder nicht, und mit welchem Ergebnis im betreffenden Falle. Auf diesem Gebiet haben wir gute Resultate erreicht, und so weit wir urteilen

natürlich dem Produkt zugeschlagen werden. Es erscheint deswegen vorteilhaft, Versuche anzustellen, ob sich nicht eine Verwindung dieser Verluste ermöglichen läßt.

Gut eigenartiges, aber zweifellos praktisches Signalfystem ist seit kurzem auf einigen nordamerikanischen Bahnen in Betrieb genommen worden und hat sich vorzüglich bewährt. Das System soll der Gefahr, daß zwei aus entgegengesetzter Richtung kommende Züge bei Nacht zusammenstoßen, vorbeugen. Zu diesem Zwecke ist auf der Lokomotive ein starker elektrischer Scheinwerfer angebracht, doch wird sein Licht nicht nach vorwärts auf die Strecke selbst, sondern senkrecht nach oben geworfen. Es geht also von der Lokomotive aus ein mächtiger heller Strahl senkrecht nach oben in die Luft, der sich scharf vom dunklen Nachthimmel abzeichnet und viele Kilometer weit sichtbar ist, auch dann, wenn der Zug in Wäldern, Kurven oder tiefen Einschnitten fährt, oder wenn er durch Hügel oder Berge verdeckt wird. Sowohl von den Stationen wie von andern fahrenden Zügen aus ist an diesem mächtigen Lichtstrahl der jeweilige Standpunkt des Zuges auf weithin zu erkennen und seine Fahrt zu verfolgen. Das dadurch die Sicherheit bedeutend erhöht wird, bedarf keiner weiteren Ausführung. Diese Ausrüstung des Lichtes hat auch den weiteren Vorteil, daß die Führer zweier sich begegnenden Züge nicht durch die Unsicherheit der Lokomotiven geblendet werden, wie dies jetzt häufig der Fall ist. Vor dem Scheinwerfer ist noch ein Spiegel angebracht, der so eingestellt werden kann, daß er einen Teil des Lichtkegels nach vorn auf die Schienen wirft, so daß man auch diese, wenn es notwendig werden sollte, auf eine ziemliche Strecke in voraus übersehen und beleuchten kann. Ebenso können durch eine einfache Vorrichtung vor diesen Spiegel rote und grüne Glascheiben gezogen werden, wodurch es möglich wird, von der Lokomotive aus Signale mit andern Zügen oder mit den Stationen auszutauschen.

Als ein neues Mittel zur Verbilligung des Betriebes sollen die der Maschinenfabrik von Sack & Kieselbach in Rath bei Düsseldorf gekauften Klabbeier, dienen. In diesen wird das Öl

können, ist der Durchschnittslohn in der Hauptstadt jetzt 6 Ore und in den Provinzen 4 Ore über dem Mindestlohn, der zurzeit 33 Ore ist. Sodann ist energisch und mit einem guten Resultat daran gearbeitet worden, feste Affordpreise für die einzelnen Fabriken durchzusetzen. Das bestehende Übereinkommen mit den Unternehmern verpflichtet die allmähliche Einführung solcher Affordpreise „überall bei fabrikmäßiger Produktion“. Inzwischen sind hier große Schwierigkeiten zu überwinden, namentlich bezüglich der Beschaffung des nötigen Materials zur Grundlage an den Stellen, wo die Unternehmer nicht selbst die nötigen Vorschläge machen wollen, was sie jedoch in vielen Fällen tun.

Endlich sollen hier noch unsere Bestrebungen genannt werden, dem von den Arbeitern in jeder Werkstätte oder Werkstattabteilung gewählten Vertrauensmann (Klubvorsitzenden) Respekt zu verschaffen und ihn gegen Schikanen zu beschützen. Dieser Vertrauensmann darf dem Übereinkommen gemäß nicht verabschiedet werden, es sei denn, daß „zwingende Gründe“ vorliegen, und diese Gründe dürfen nicht in seiner Wirksamkeit als Fürsprecher der Kameraden liegen, sondern der Unternehmer muß sie im Arbeitsverhältnis selbst nachweisen können. So zum Beispiel Mangel an Arbeit für den Betreffenden. Den einzelnen Unternehmern und ihren Helfern ist es natürlich sehr schwer gefallen, diese Bestimmung zu respektieren, die Beschwerden sind deshalb zahlreich gewesen; aber es muß zugegeben werden, daß unsere Gegner die Autorität ihrer Organisation in bedeutendem Grade daraufhin eingeseht haben, ihre Mitglieder zum Respekt für diese Vertrauensmannereivichtung zu zwingen, was eine sehr nützliche Wirkung gehabt hat. So gibt es eine Anzahl Fälle, in denen man den Unternehmer gezwungen hat, einen verabschiedeten Vertrauensmann wieder einzustellen. In einem besonderen Falle, in dem die Klage durch Schiedsgericht entschieden wurde und wo das Urteil dem Unternehmer zuwiderging, hat die Organisation des Unternehmers dem betreffenden Arbeiter sogar den vollen Lohn für fast ein halbes Jahr bezahlt, welche Zeit dieser verabschiedet gewesen war. Dazu wurde der Vertrauensmann wieder eingestellt, während die Arbeiter an seiner Stelle doch einen anderen Vertrauensmann wählten.

Die gesunde und kräftige Entwicklung, die sich also während des ganzen verfloffenen Jahres nachweisen läßt, wurde noch in erheblichem Grade dadurch gestärkt, daß wir uns im Oktober mit unseren Gegnern über eine Verlängerung des allgemeinen Übereinkommens auf fünf weitere Jahre einigten. Nach diesem Übereinkommen wird der Minimallohn allmählich bis auf 35 Ore erhöht, die Arbeitszeit wird nach und nach bis auf neun Stunden täglich in den Monaten November, Dezember, Januar und Februar verkürzt. Der Unterschied gegen bisher kann gering erscheinen und ist es natürlich auch, aber es darf nicht vergessen werden, daß hier von einem Minimallohn die Rede ist und daß die Arbeitszeit schon vielfach in Wirklichkeit kürzer ist. Die Verkürzung der Arbeitszeit paßt übrigens in nicht geringem Maße zu unserem Klima.

Der Sommer 1905 hat die Sperre in Schweden gebracht, die wir schon lange erwartet hatten und von der wir wußten, daß sie kommen mußte. Zum Glück, auch für uns, führten unsere schwedischen Brüder den Kampf mit Bravour zu Ende. Für Dänemark haben wir einen Textilarbeiterstreik gehabt, der die Textilindustrie des ganzen Landes umfaßte. Diese Industrie arbeitet unter Jollschuß, lohnte aber trotzdem die Arbeiter in unanständig niedriger Weise. Die gewerkschaftliche Landeszentrale (De samvirkende Fagforbund), die diesen Kampf gegen den mächtigen Dansk Arbejdsgever- og Mesterforening (Dänischer Arbeitgeber- und Meisterverein) führte, ging aus diesem fünf Monate langen Kampfe gestärkt hervor; der Kampf endete mit der Durchführung von einer Reihe Lohnaufbesserungen und einer Verkürzung der Arbeitszeit, die unseren Sätzen entsprechen.

Zu diesen beiden Konflikten hat unser Verband im ganzen 175 000 Kr. oder ungefähr 21 Kr. per Mitglied gezahlt. Ein bedeutender Teil davon wurde aus unserem aufgesparten Vermögen gedeckt, aber die Mitglieder mußten doch während ungefähr vier Monaten je 1 Kr. 25 Ore monatlich an Steuer zahlen, was auch ohne jeglichen Mißlaut geschah.

Wir selbst haben keine größeren Streiks gehabt; nur 150 Mann sind im Kampfe gewesen, dafür aber war circa ein Drittel dieser Leute fast das ganze Jahr im Streik. Zwei dieser Streiks sind noch nicht beendet.

Massendemonstrationen kaiserlicher Arbeiter.

Aus Wilhelmshaven wird uns geschrieben: Am 17. Januar, nach Schluß der Arbeitszeit, lenkte der größte Teil der Arbeiter der kaiserlichen Werft seine Schritte in beschleunigtem Tempo nach dem „Dinol“ zu Lande. In ganz kurzer Zeit war der geräumige Saal gefüllt. Kein Stuhl war mehr zu finden und an den Seiten und auf der Galerie fanden die Arbeiter, so wie sie von der Arbeit kamen, wie eine Mauer. Auf über 2000 Personen wurde die Ansammlung geschätzt.

Nach vor 7 Uhr eröffnete die hiesige Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes die Versammlung. Das Referat hielt der nicht aus dem Kondenswasser, sondern aus dem strömenden Dampf entfernt.

In den Werkstätten von Armstrong in Newcastle sind neuerdings Riesendrehbänke von bisher unbekanntem Dimensionen aufgestellt worden. Sie sollen zur Herstellung von Turbinenteilen für moderne Riesendampfer dienen. Eine der Bänke hat eine Länge von 22,25 Metern. Sie ist indessen so eingerichtet, daß sie auch zur Bearbeitung kleinerer Stücke dienen kann.

Um in feuchten Räumen (an Bord von Schiffen, in Bergwerken etc.) elektrische Apparate (Sicherungen, Schaltapparate) vor Feuchtigkeit schützen zu können, haben die Siemens-Schuckert-Werke in Berlin einen Schutzkasten mit Schnellverschluss (System Engel, S. K. P.) konstruiert. Dieser Verschluss ist ein Hebelverschluss, dessen Hebel sich nach Überschreitung eines toten Punktes selbst in seiner Lage festhält. In einer zweiten Ausführung ist der Hebel mit einem Schloß versehen, dessen von selbst einspringender Kegel den Schutzkasten vor unbefugtem Öffnen sichert. Diese Schutzkasten haben den Vorteil, daß sie schnell geschlossen und geöffnet werden können und daß schon von weitem erkennbar ist, ob sie sicher geschlossen sind oder nicht.

Ein neues Verfahren zum Weichlöten des Aluminiums ist von zwei Mitgliedern des Zentralverbandes der Eisen- und Metallarbeiter Nagarsz erfunden worden.

Dem Klumpnermeister C. Otto Goering in Oera ist ein Gebrauchsmusterrecht auf einen zusammenlegbaren, für verschiedene Dachshänge einstellbaren Klotzenunterras verliehen worden.

Unter dem Namen „Kolbol“ ist vor einigen Monaten durch die Fabrik für chemische Produkte von G. S. Hoffmann, Berlin SW. 61, ein Stahlverbesserungsmittel in den Handel gebracht worden, mit dessen Hilfe es möglich sein soll, nicht nur geringen Stahl in besten Werkzeugstahl zu verwandeln, sondern auch „verbranntem“ Stahl seine frühere Güte wiederzugeben.

Geschäftsführer, Kollege Meyer. Er begann mit der Zitierung der bekannten Kaiser-Ausdrücke vom Jahre 1889, wonach die Arbeiter von den Arbeitgebern als gleichberechtiget angesehen werden sollten. Es wurden dann die Arbeiterausschüsse gewählt, die das vermittelnde Glied zu einem guten Einvernehmen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern sein sollten. Die Fabrikanten und Industriellen fanden sich schließlich damit ab, da es ihrer Ansicht nach noch das kleinere Übel war gegenüber den Organisationen der Arbeiter. Doch von den Arbeiterausschüssen, die übrigens nur für je einen Betrieb maßgebend sein können, sei im allgemeinen nicht viel zu hoffen, da sie ja abhängig von dem Unternehmer seien. Über diesen Ausschussmitgliedern schwebte, wenn sie ihr Amt ernst und mit Energie wahrnehmen, jederzeit die Gefahr der Maßregelung. Daher werde ein Arbeiterausschuss, und wenn er es noch so ehrlich meint, nicht die Energie und Fähigkeit bei der Vertretung der Arbeiterinteressen anwenden können wie eine Organisation.

Auch auf der hiesigen Kaiserlichen Werft besahe ein solcher Ausschuss, der aber ebenso wenig ausrichten könne. Da wurde bei der großen Flottenvorlage im Jahre 1900 gesagt, durch den Bau der Schiffe werde mehr Arbeit und mehr Verdienst geschaffen. Doch hier haben wir die Erfahrung machen müssen, daß sowohl die Arbeitsgelegenheit als auch der Verdienst rapide gefallen sind. Mit derselben Nebenart wie im Jahre 1900 suchte man jetzt auch die ins Auge gefaßte neue große Flottenvorlage der großen Masse des Volkes schmackhafter zu machen. Durch den Zolltarif und die Grenzsperrre würde aber aller derartige Mehrverdienst durch eine Flottenvorlage wieder illusorisch gemacht werden. Wenn gesagt werde, daß von den 27 Millionen, die ein neuer Panzerkreuzer kosten soll, die Hälfte wieder für Arbeitslöhne zur Ausgabe komme, so sei zu berücksichtigen, daß dabei auch die Arbeiter, welche das Rohmaterial beschaffen, einbegriffen sind. Was wolle übrigens das besagen, daß die Hälfte der Summe für Arbeitslöhne dahingefalle, wenn man bedenkt, daß der größte Teil der anderen Hälfte als Profit in die Tasche der Kapitalisten wandert. (Es kommt noch hinzu, daß wirkliche Kulturaufgaben, bei deren Erfüllung Tausende von Arbeitern mindestens ebenso guten Verdienst finden könnten, des Marinemolochs wegen immer noch nicht gelöst werden können. Redaktion der Metallarbeiter-Zeitung.) Man kann sagen, daß der Bau der Kriegsschiffe nur zum Segen der Kapitalisten geschieht. Die arbeitende Klasse hat das größte Interesse daran, gegen die so furchtbar hoch gewordenen Ausgaben für Heer und Marine Front zu machen. Das geschieht am vorteilhaftesten durch die richtige Stimmabgabe bei der Wahl zum Reichstag. Hat eine Milliarde kommt durch die indirekte Besteuerung, also zumeist von der großen Masse des Volkes, ein und die gleiche Summe wird wieder für Heer und Marine, dem teureren Sport der herrschenden Klassen verwendet.

Wie sehen nun aber die Reichsbetriebe, die von diesen Summen gespeist werden, aus? Hat man auf der Kaiserlichen Werft hier selbst etwas gespürt von einer nach der Flottenvorlage eingetretenen vermehrten Arbeitsgelegenheit und einem erhöhten Verdienst? (Tausendstimmiges Nein!) Zu Gegenteil: Die Arbeitsverhältnisse haben sich verschlechtert. Die Affordlöhne wurden aufs äußerste gedrückt, und mancher hat den hiesigen Staub von den Kanonjäten geschüttelt, weil er glaubte, anderwärts ein besseres Fortkommen zu finden. Es herrschen Mißstände über Mißstände. Die Organisationen der Arbeiter haben versucht, die letzteren aufzudecken und sie im Jahre 1904 und 1905 in der Form einer Denkschrift den Reichsmarinebehörden und dem Reichstag unterbreitet. Es hat lange gedauert, ehe sich die zuständigen Stellen veranlaßt sahen, einzugreifen und die größten Mißstände abzustellen. Am liebsten hätte man allerdings statt Änderungen zum Besseren zu treffen, in Kiel und auch hier die berühmten „Danziger Verhältnisse“ eingeführt. Doch das wird und darf nicht eintreten, daß sich die hiesigen Werftarbeiter alles bieten lassen und, wie seiner Zeit ein kleiner Werftbeamter wünschte, sich mit Pellkartoffeln und Hering zufrieden geben.

Die schlimmsten Verhältnisse sind im Affordsystem zu suchen. Das System ist geeignet, daß die Vorgesetzten den Arbeitern gegenüber ihre Günst- oder Ungünstigkeit zeigen und fühlen lassen können. Das Trüben der Affordlöhne ist horrend. Im Meßort III können man, den Arbeitern gar nicht zu sagen, ob sie in Afford arbeiten oder nicht. Nur die Aufschlagtafel offenbart wie eine Letztliste das Geheimnis, wer Affordgeld erhält und wie viel. Wenn alle Werftarbeiter organisiert wären, könnte so etwas nicht vorkommen. (Vielstimmiges Sehr richtig!) Deshalb müssen sich auch die Werftarbeiter ihrer Organisation anschließen. Auch gegen das Prämien-system muß die Arbeiterschaft entschieden ankämpfen, obgleich es Formen dieses Systems gibt, wie zum Beispiel auf der Torpedowerft, unter denen man bei humaner Behandlung arbeiten kann. Aber das System hat die Tendenz, die Arbeitskraft, die einzige Ware des Arbeiters, mit der er hausväterlich umzugehen hat, um sie nicht vorzeitig zugrunde zu richten, aufs äußerste auszunutzen.

Nun der Lohn. Es wird stets angeführt, die Kaiserlichen Werften arbeiten teuer. Das ist richtig. Dies liegt aber nicht an den „hohen“ Löhnen der Arbeiter, sondern an dem großen Beamtenapparat. Nur ein Beispiel. Beim Bau eines Schiffes der Hamburger-Klasse waren 710 Arbeiter beschäftigt. An Vorgesetzten waren da: 1 Baumeister, 1 Obermeister, 4 Vermeister, 26 Werkführer und 58 Vorarbeiter; das sind 90 Vorgesetzte, so daß auf 8 Mann ein Vorgesetzter kam. Das ist noch schlimmer als beim Militär, wo auf 20 Mann 1 Unteroffizier kommt. Im Laufe der Zeit sind eine ganze Zahl Entlassungen von Arbeitern vorgekommen; von Beamtenentlassungen hat man aber nichts gehört. Im Gegenteil: Die neue Marinevorlage verlangt neue derartige Stellen. Daß höhere Löhne bezahlt werden können, beweist die Privatindustrie, die nicht mit so niedrigen Löhnen arbeiten kann. Aber auch die Arbeitszeitverkürzung muß als vornehmstes Prinzip der Arbeiterschaft angesehen werden. Eine große Reihe deutscher und ausländischer Firmen haben die Erfahrung gemacht, daß die Arbeitszeitverkürzung keinen Nachteil, sondern nur Vorteil für die Fabriken bedeutet. Daß die Werften bei höheren Löhnen und verkürzter Arbeitszeit konkurrenzfähig bleiben können, beweisen die englischen Werften. Der deutsche Arbeiter hat noch viel mehr einen höheren Lohn nötig, da er infolge der Höhe und Grenzsperrre die Lebensmittel viel teurer bezahlen muß, als die Arbeiter im Ausland.

Bei den Löhnen, wie sie die Kaiserliche Werft hat, ist die Lebenshaltung des Arbeiters eine ungenügende. Deshalb hatte sich auch der Arbeiterausschuss veranlaßt gefühlt, eine Feuerungszulage zu erbitten, nachdem die Herren Werkführer und Werkmeister, ohne daß sie petitioniert, eine solche erhalten hatten. Einige Arbeiterkategorien haben außerdem petitioniert: sie sind aber bisher ohne jede Antwort geblieben. Nun ist aber ein neuer Lohnarif herausgekommen, bei dem nur ein Teil der Arbeiter eine Zulage bekommen hat; manche Arbeiterkategorien haben sogar eine Lohnreduktion erhalten. Das Ganze ist eigentlich nichts anderes, als die übliche Frühjahrszulage. Ganz unverständlich ist der neueste Tagesbefehl, der nichts anderes als eine Verschmächtigung sein soll. Die Arbeiterschaft kam aber dadurch in den Irrtum, verzeiht werden, daß noch eine Feuerungszulage folgt. Solchen Illusionen möge sich aber niemand hingeben.

Wäre die Werftarbeiterchaft bis auf den letzten Mann organisiert, so würde sie auch nicht nur eine Lohnherhöhung, sondern auch eine Arbeitszeitverkürzung erreichen. Die Reiten werden noch un-

günstiger werden in Anbetracht des zum April in Kraft tretenden Zolltarifs, der alle Lebensmittel noch mehr verteuern wird. Niemand weiß, was noch vorgehen wird. Daher muß auch jeder Arbeiter gewappnet sein. Das ist er aber nur, wenn er seiner Organisation angehört. Nur durch diese kann der Arbeiter ein besseres Arbeitsverhältnis erlangen zum Segen nicht nur für sich, sondern auch zum Segen für seine Frau und Kinder, zum Segen seiner Nachkommen-schaft und der Allgemeinheit. (Langanhaltender Beifall.)

Zur Diskussion nahm niemand das Wort. Darauf wurde die bereits in der vorigen Nummer (Seite 31) mitgeteilte Resolution angenommen.

In feierlichen Worten forderte dann der Vorsitzende, Kollege Andreas, ebenfalls zum Anschluß an die Organisation auf, dankte für den zahlreichen Besuch und wies darauf hin, daß es dringend notwendig sei, daß die Arbeiter, wenn sie wieder gerufen würden, ebenso zahlreich erscheinen. Mit dem Wunsche, daß die Resolution für die Arbeiterklasse erfolgreich sein möge, schloß er gegen 8 Uhr die imposante Versammlung.

Wir erhielten ferner noch folgende Zuschrift, die recht geeignet ist, die Zustände auf der Kaiserlichen Werft zu Wilhelmshaven zu beleuchten.

Wie bekannt, soll dem Reichstag wieder einmal eine neue Flottenvorlage unterbreitet werden, deren Kosten durch nochmalige Erhöhung der indirekten Steuern gedeckt werden sollen. Eins der Argumente, womit die Flottenfrage dem deutschen Volke diese weitere Belastung schmerzhafter machen zu können glauben, ist der Hinweis darauf, daß durch die Schiffsbauten, Laufenden fleißiger Arbeiter lohnende Arbeit verschafft werde. Im Binnenland, wo man die Verhältnisse nicht kennt, wird man sicher der Meinung sein, daß zunächst die Kaiserlichen Werften mit Aufträgen für Schiffsbauten bedacht würden, weil es doch Reichsarbeit ist und die Reichswerften auch dazu angelegt wären, um die Schiffe dort zu erbauen. Die Wilhelmshavener Arbeiter glauben nach ihren Erfahrungen bei der letzten Flottenvermehrung aber nicht daran, daß die neue Flottenvorlage ihr irgend welchen Segen bringen wird, im Gegenteil wird sie gar keinen Vorteil davon haben. Obgleich die Kaiserliche Werft nicht die Aufgabe hat, hohe Dividenden abzuwerfen, hat man herausgefunden, daß die Privatwerften die Schiffe billiger herstellen als die Reichsbetriebe. Woher dieses kommt, ist an anderer Stelle ja schon genügend erläutert worden; hier möge nur bemerkt werden, daß die Arbeiter die Schuld nicht tragen. Also der Segen der neuen Flottenvorlage wird zum größten Teile auch den Privatwerften (namentlich deren Aktionären), zufallen, obgleich diese, wie bereits in Nr. 2 der Metallarbeiter-Zeitung ausgeführt worden ist, im großen und ganzen so sehr mit Aufträgen überhäuft sind, daß eifrige Reedereien die von ihnen benötigten neuen Schiffe im Ausland, besonders in England, bestellen mußten. Die Kaiserlichen Werften sollen in Zukunft wohl hauptsächlich dazu dienen, die von den Privatwerften gelieferten Schiffe erst richtig zurechtzubauen. Nun speziell zu den Wilhelmshavener Verhältnissen. Nachdem in Kiel die Worte gefallen, die Kieler Werftarbeiter arbeiteten viel zu teuer, und die Danziger Arbeiter wären mit Pellkartoffeln und Hering zufrieden, ging man auch auf der hiesigen Werft dazu über, die Löhne bis zu 50 Prozent und mehr zu reduzieren. Um die Arbeit noch besonders „billig“ herstellen zu können, besteht man es namentlich in der letzten Zeit, die Mannschaften der in Dienst befindlichen Schiffe mit zur Hilfeleistung heranzuziehen. Der reduzierte Lohndruck wird dann abermals reduziert. Wenn nun für die Arbeit nur noch die Hälfte des früheren Lohnes gezahlt wird, so liegt es nahe, anzunehmen, daß dieselben Arbeiterkürze entweder mit derselben Arbeiterzahl in der halben Zeit, oder mit der Hälfte der Arbeiter fertig gestellt werden kann. Mithin wird dadurch ein erheblicher Teil der Arbeiter überflüssig. Trotzdem war ja die Werftverwaltung uns genug, den Arbeiterbetrieb nicht auf einmal zu reduzieren, indem sie Massen-Entlassungen ähnlich wie in Kiel vornahm. Die 200 bis 300 Mann, die in den letzten Jahren von der Werftverwaltung entlassen wurden, konnten nicht in Frage kommen bei einem so großen Betrieb. Man bediente sich anderer Mittel. Die Löhne der Werftarbeiter sind demnach bemessen, daß man, um einigermassen ersetztes zu können, auf den Lohndruck angewiesen ist, dessen Überschuss laut Betriebsver-ordnung aber nicht mehr als 50 Prozent betragen darf. Die Arbeiter müßten nun, weil nicht genügend Arbeit vorrätig, in Lohn arbeiten, und dieses hatte zur Folge, daß ein sehr großer Prozentsatz des Lohns von dem Schiffsbesitzer und einem anderen Betrieb dem Reichsbetrieb übergeben wurde. Es waren zum großen Teile organisierte Kollegen, die es eher wagen konnten, weil die Unterhaltungs-einrichtungen des Betriebes ihnen einen Rückhalt boten. Weniger erfolgreich war dies für die hiesige Verwaltungsjahre. Etwas anders verhielt sich im letzten Jahre eine Aufnahme von 75 Prozent der Mitgliederzahl von Ende 1904 gemacht worden war, brachte der Abgang es mit sich, daß nur mit einem Mehr von 36 abgeschlossen werden konnte. Gewiß sehr entmutigend für die Kollegen, die an der Spitze der hiesigen Verwaltungsjahre stehen. Die Organisation ist hier sehr schwach. Jüngst man auf der Werft zu arbeiten an, so erhält man einen sehr niedrigen Lohn, der nach Jahren steigt, bei dem einen früher, bei dem anderen später. Kein Wunder, daß die Gewerkschaften in hoher Weise steht. Um sich in den Augen seiner Angehörigen beliebt zu halten, meidet man alles, was dazu beitragen könnte, deren Lohn zu mindern, besonders meidet man alles, was einen in den Verdacht freibewährlicher Gewerkschaft bringen könnte, vor allem Dinge also die Jugeligkeit zur Gewerkschaft und zur sozialdemokratischen Partei. Früher oder später fühlt man sich jedoch gezwungen. Ein weiterer Grund ist der: Weil die Werftverwaltung ungenügende Löhne zahlt, greift ein großer Teil zur Nebenbeschäftigung nach Feierabend. Dieser stellt natürlich dar, daß er damit nicht nur seine Gewerkschaft schwächt, sondern auch noch mit dazu beiträgt, Arbeitslosen der Arbeitslosigkeit zu nehmen. Ja, dieses System ist so eingebürgert, daß sogar unser hiesiges Parteiblatt folgendes System mitunter anzu-nehmen: „Geht ein Arbeiter, der nach Feierabend eine kleine elektrische Anlage machen kann.“ Auch das hiesige Betriebsrat für die Arbeiter gibt ja genügend Gelegenheit, daß man eine Familie am „Lohn zu arbeiten“ hat, die Frauen sich von dort Arbeit holen können. Die Stimmung für das hiesige Werk ist nicht nur durch Feierabendbeschäftigung, sondern auch durch die Festschaltung der Arbeiter an der Werft wieder einmal angegriffen, zu sparen. Sparsamkeit für die Arbeit, findet man sehr gern, wenn ein Lohn vermindert, so muß es von dem Beschäftigten nicht werden, für den Lohn, der Lohn, der Lohn, u. s. w. kommt der Lohn auch nicht mehr, wenn sollen die Löhne für die Arbeitervermehrung auch noch mit einem Wort gesagt: die schmerzliche Heimarbeiterschmerzhaftigkeit, die von der Gewerkschaftsbewegung bekämpft wird. Es gibt in der Stadt hinein muß sich eine solche Frau abschaffen, um wenn ihrer Hausarbeit die betriebliche Arbeit zur rechten Zeit fertig zu stellen. Warum? Weil in der Regel der Mann nicht genügend verdient, um eine Familie unabhängig ernähren zu können. Doch das man einen deutschen Mann der Scham über das Gesicht fügen, daß er seine Frau mit empfangen muß zur Bekleidung der täglichen Bedürfnisse, findet man in der Regel, daß diese Leute gerade weiter leben und noch erklären: „Die Organisation hat für die Werftarbeiter keinen Zweck.“ Sie muß unbedingt einmal der Welt angeht werden, der öffentlichen Meinung entgegen zu treten. Um die Stellung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes von der Werftverwaltung unabhängig zu machen, sollte man hier einen Geschäftsplan an. Man darf nicht, dieser Name die Organisation nicht notwendig. Der Verbandsvorsitzende hat das ganze Jahr hindurch zu verfahren, es ist nicht nur immer nur die wenigen Kollegen, die besonders zögerlich sind. Die Schicksal dachte, das Schicksal genügt. In der letzten Zeit ist ja wohl Bekämpfung eingetreten und wir werden wissen, daß die Bekämpfung notwendig ist. Man muß doch jetzt zur Genüge gesehen haben, daß alle Parteien des Reichsbetriebs nicht in dem Maße erwachen konnten, wie man wünscht. Da die Frage aber schon Mittel hier einen gewissen Grad und noch länger, war man der Meinung, es sei wohl an der Zeit, daß der Arbeiter eine Verhandlungsgasse gemacht werde, gemäß

doch die Beamten der Werft eine solche bekommen haben. Da hatten die Arbeiter sich aber löse getauft. Entweder dachte die Werftverwaltung, daß die Arbeiter die Löhnerung nicht so fühlen wie die Beamten, oder sie dachte, daß die Beamten danach streben werden, die Mehrkosten für ihre Gehaltserhöhung durch weitere Abford-rungen u. s. w. wieder weit zu machen. Das letztere wird wohl der Wahrheit am nächsten kommen. Die Stimmung der Werftarbeiter ist daher mit Recht eine unzufriedene. Über kurz oder lang muß und wird auch jedem von ihnen es klar werden, daß er seine Lage nur durch die Organisation bessern kann. Darum kann für die hiesigen Kollegen nur die Parole gelten: Legt eure Gleichgültigkeit bei Seite, agitiert von Mund zu Mund und besucht Mann für Mann die Versammlungen, wenn der Ruf an euch ergeht!

Aus Kiel erhielten wir folgenden Bericht:
Am Dienstag den 23. Januar versammelten sich wiederum rund 4000 Kollegen von der Kaiserlichen Werft im „Kaiseraal“, um den Bericht der Kommission entgegenzunehmen, die sie am 13. Januar (siehe Nr. 4 der Metallarbeiter-Zeitung) damit beauftragt hatten, dem Oberwerftdirektor ihre Wünsche zu unterbreiten. — Die Kom-missionsmitglieder berichteten folgendes:
Der Herr Oberwerftdirektor habe sie nicht alle drei auf einmal empfangen, sondern erst zwei und nachher das dritte Mitglied. Der Empfang von drei Personen auf einmal verstoße gegen die Arbeits-ordnung, meinte der Herr. Die Kommission berichtete weiter, daß Herr von Uebom sie sehr freundlich empfangen. Die Entgegen-nahme der Petition habe er jedoch abgelehnt, weil sie in einer Versammlung empfohlen worden sei, in der auch andere Personen, die nicht auf der Werft arbeiten, anwesend gewesen seien. Auf die Entgegnung, daß nur drei Vorstandsmitglieder der Gewerkschaften und der Polizeibeamte anwesend waren, die nicht auf der Werft in Arbeit stünden, habe der Herr Direktor erklärt, er müsse bei seiner Ablehnung beharren, denn er sei kein Direktor irgend einer Aktiengesellschaft, sondern Beamter der Kaiserlichen Werft und als solcher müsse er sich nach den Dienstvorschriften richten. Der Frage der Verkürzung der Arbeitszeit siehe er sympathisch gegenüber, denn das heutige Verhältnis sei kein gutes. Er wundere sich, wie die verarbeiteten Arbeiter es fertig brächten, in der kurzen Mittagszeit ihr Essen zu sich zu nehmen. Die Frau müsse gewiß schon mit dem Löffel in der Hand auf den Mann warten und sofort, wenn er ins Haus trete, das Essen ausschöpfen. Das häusliche Leben der Arbeiter lasse unter dem heutigen Arbeitssystem über-haupt viel zu wünschen übrig. Früh morgens müsse der Mann die Familie verlassen, des mittags gebe es nur ein kurzes Wieder-sehen und abends kehre er ermüdet heim. In einem wirklichen Familienleben könne da keine Rede sein.

Es wurde ferner berichtet, Herr von Uebom habe dann gefragt, wie man darüber denke, wenn die 1 1/2-stündige Mittagszeit fort-fallen und an Stelle der geteilten Arbeitszeit die ungeteilte einge-führt werde. Abends solle dann um 5 Uhr Feierabend sein, mittags um 12 bis 12 1/2 Uhr eine Pause, in welcher Zeit dann auf der Werft eine Schüssel Suppe für 20 Pf. zu haben sein werde. Er glaube, daß dieser Vorschlag diskutierbar sei. Der Wohlfahrts-ausschuß habe sich übrigens auch schon mit der Einführung der neunstündigen Arbeitszeit beschäftigt und zwar im November. Die Gewerkschaftsvorstände hätten also jetzt nicht notwendig gehabt, diese Forderung einzubringen. Die Längezeit des Wohlfahrtsausschusses würde überhaupt sehr veräuzelt. Er gebe sich alle Mühe, die Inter-essen der Arbeiter zu wahren. Von einer allgemeinen Steuerungs-zulage könne keine Rede sein. Es hätten Lohnaufbesserungen bis zu 27 Prozent stattgefunden, so daß mehr als der vierte Teil der Arbeiter einen höheren Lohn bekäme. Die Werft könne doch jetzt keine allgemeine Lohnaufbesserung geben und sie dann im nächsten Vierteljahr wieder in Abzug bringen, denn die Löhnerung lasse doch schon jetzt wieder nach. (?)

Die Kommissionsmitglieder führten weiter aus, daß sie alles getan hätten, um die Notwendigkeit der Einführung des neun-stündigen Arbeitstages zu begründen. Nach den Darlegungen des Herrn v. Uebom sei zu hoffen, daß dieser Forderung Rechnung getragen werde. Wie und in welcher Weise, wisse man freilich noch nicht. Sie hätten auch dem Herrn Direktor gesagt, daß eine große Unzufriedenheit unter den Arbeitern herrsche. Hieran habe er gestanden, die Unzufriedenheit werde von außen herein herin-getragen. Die Arbeiter seien zufrieden, die Führer der Gewerkschaften jedoch nur ruhig sein und es würde wieder allgemeine Ruhe eintreten.
Gorb's berichtete noch, daß er die Petition der Schmiede zur Sprache gebracht habe, der Herr Direktor habe versprochen, sich damit zu beschäftigen. Auch habe er auf die hohen Mieten hin-gewiesen. Die Mietsteigerung sei nicht vom Direktor bestritten worden, auch habe er betont, daß er wisse, daß die Arbeiter einen großen Teil ihres Lohnes für die Miete ausgeben müßten.
Nach der Berichterstattung nahm der Revolutionsrat des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Kollege Garbe, das Wort. Er wies es mit aller Entschiedenheit zurück, daß die Aufregung von außen in die Werft hineingetragen worden sei. Das Gegenteil sei der Fall, die Werftverwaltung habe erst durch ihr Verhalten das Material für die Agitation gegeben. Nicht die Vorstände der Gewerkschaften hätten die Wünsche geäußert, die in den Petitionen zum Ausdruck gebracht worden seien, sondern die Arbeiter. Die Leiter der Gewerkschaften hätten die Arbeiter nur unterstützt. Wenn der Herr Direktor die Löhnerung anerkennt und es für not-wendig erachte, den vierten Teil der Arbeiter höheren Lohn zu geben, weshalb denn nicht den übrigen drei Vierteln der Arbeiter-lohn, habe doch dieser Teil unter denselben Lohnverhältnissen. Es erwarte den Aufschrei, als wenn man mit dieser Maßnahme Mißgunst unter die Arbeiter bringen und die Einigkeit der Ar-beiter brechen wolle.

Langbein der Versammlung sei es, sich in ihren Bestrebungen nicht lösen zu lassen. Wenn einzelne Gewerkschaften heute etwas mehr verdienen als ihre Kollegen, dann dürften diese deshalb den Vor-arbeiten gegenüber nicht mißgünstig sein. Nicht die Vorarbeiten hätten Schuld an dem ungenügenden Lohn, sondern die Werftver-waltung. Die Einführung der englischen Arbeitszeit, wie sie der Herr Direktor vorschläge, habe, je unannehmer, da die Arbeitszeit eine viel zu lange sei. In England arbeite man 8 Stunden. Nach dem Vorschlag des Herrn v. Uebom sollen die Arbeiter aber 9 1/2 Stunden arbeiten. Bei den Zwanzig-Pfennig-Cappern könne kein Schaden der Gesundheit schwingen, ebensowenig ein Schaden der körperlichen Gesundheit.
Wolle man etwas für die Arbeiter tun, dann solle man vor-läufig den Feiertagstag, bei zehnstündiger Arbeitszeit ein-führen. Was der Revolutionsrat sei zu erkennen, daß sich mit Herrn v. Uebom reden lasse, was man mit der Übergabe der Petition ergehen wolle, nämlich die unabhängige Verkrung der Wünsche der Arbeiter, sei erwähnt worden. Bei sei schon ein sehr großes Ver-trn. Da es der Herr Direktor aber abgelehnt habe, die Petition ent-gegenzunehmen und dem Reichsamt zuzubringen, so mögen die Arbeiter nochmals beschreiben, die Petition dem Reichsamt direkt zu übergeben. Auch sei es erwähnt, daß man für nächste Jahr möglichst selbstständig einen Lohnstarif ausarbeiten und ihn dem dem Reichsamt zuzubringen. Die Arbeiter hätten auf alle Fälle das Recht, in der Lohnfrage ein Wort zu sagen. Daß

der jetzige Wohlfahrtsausschuß die Interessen der Arbeiter nicht ge-ngend wahr, gehe schon daraus hervor, daß er einen Minimallohn von 30 bis 32 Pfg. verlangt habe. Der Ausschuss in Friedrichsdorf habe wenigstens 34 bis 36 Pfg. gefordert und der in Wilhelmshaven 32 bis 34 Pfg. Zu begruen sei es, daß die Wilhelmshavener Kollegen jetzt ebenfalls in die Bewegung für Ertrngung höherer Löhne und verkürzter Arbeitszeit eingetreten seien. Diese Mitteilung wurde mit lebhaftem Bravo entgegengenommen.

Redner erwähnte weiter, daß in Kiel das Gerücht verbreitet sei, die Arbeiter der Kaiserlichen Werft wlten streiken. Er erkläre im Namen aller beteiligten Gewerkschaften, daß das nicht der Fall sei. Vorläufig hätten die Führer der Gewerkschaften die Hoffnung, daß das, was man vielleicht anderswo durch einen Streik erzwingen müsse, bei dem Reichsamt in Frieden zu erreichen sei. Die Arbeiter müssten nur mit Energie ihre Forderungen vertreten. Das könnten sie freilich nur dann, wenn sie alle Mann organisiert seien. Die moralische Kraft, die durch eine starke Organisation zum Ausdruck komme, sei außerordentlich groß und gar nicht hoch genug einzuschätzen. Ein großer moralischer Erfolg sei schon durch die jetzige Bewegung erzielt. Wenn verschiedene indifferente Schlaumeier sagen, die Gewerkschaften könnten für die Arbeiter der Kaiserlichen Werft nichts tun, so sei ihnen die Wirkung der Gewerkschaftsbewegung vollständig unbekannt. Ein organisierter Arbeiter könne bei Abschluß von Akkorden ganz anders auftreten, als ein unorgani-sierter. Schon das Bestehen der Organisation wirkt auf das Arbeits-verhältnis ein. Daß schon jetzt eine Lohnaufbesserung vorgenommen werde, sei nur auf die jetzige Bewegung zurückzuführen. „Arbeiten Sie so weiter,“ schloß der Redner, „und der endgültige Erfolg wird nicht ausbleiben.“ Langanhaltender Beifall folgte diesen Aus-führungen.

Dann wurde einstimmig beschloßen, die Petition dem Reichs-marineamt zu übermitteln. Weiter wurde beschloßen, dem Reichs-tagsgewhrten Legien das ganze Material über die jetzige Bewegung zu berfenden.

Das Genossenschaftswesen.

[?] Die in der Jahreschlussnummer der Metallarbeiter-Zeitung veröffentlichte Haushaltskosten im Jahre 1905 geben zu einer inter-essanten Parallele Veranlassung. Es wird dort in bndiger Weise von dem bekannten Sozialstatistiker Genossen R. Galver nachgewiesen, daß in dem Zeitraum von 1900 bis 1905 eine Verteuerung der Lebensmittelpreise allein um beinahe 8 Prozent stattgefunden hat. Festgestellt wird ferner, daß diese Steigerung des Kostenaufwandes für die Ernährung um so empfindlicher wirkt, als im allgemeinen das Einkommen der Arbeiter das Niveau des Jahres 1900 noch nicht wieder erreicht hat.

Da bestätigt sich denn nun in vollstem Maße, daß die Konsum-vereine einen nicht zu verachtenden Ausgleich wirtschaftlicher Depres-sionsverhltnisse bieten können. Die Summe des Umsatzes der deutschen Konsumvereine, verglichen mit der aus ihr resultierenden Erparnis (260 : 26 Millionen Mark) entspricht einem zehnpromzentigen Kapitalwert. Setzt man ihn in Vergleich mit der Steigerung der Lebensmittelpreise in den letzten fünf Jahren um 8 Prozent, so darf als Tatsache angenommen werden, daß die Konsumvereine für ihre Mitglieder der Lebensmittelerkennung parafisiert — ausgeglichen — haben. Es bleiben sogar noch 2 Prozent übrig, die aber zu einem ähnlichen „Deckungsverfahren“ für die übrigen im Preise gestiegenen Gebrauchsartikel der Lebenshaltung verwendet werden sein dürfen. Die Gewerkschaften dürfen diese Tatsache sehr zu beachten haben. Der für die gewerkschaftliche Sozialpolitik durchaus empfehlens-werte Abschluß von Tarifverträgen hat neben den überwiegenden Sicht- auch Schattenseiten, deren eine darin besteht, daß die Gewerkschaften innerhalb des für das tarifliche Abkommen gültigen Zeit-raums sich der Möglichkeit begeben, die durch natürliche oder knst-liche Umstände (Zollpolitik, indirekte Steuern) hervorgerufene Preis-steigerung der Lebensmittel durch eine Erhöhung der Löhne ent-weder auf friedlichem Wege oder durch die ultima ratio auszu-gleichen.

Für weitwchtige Gewerkschaftspolitik wird diese Frage aller-dings nur bei einer konstanten Verteuerung der Lebensmittel ent-scheidende Bedeutung bei der Verteilung der Zweckmchtigkeit von Tarifverträgen haben können, wie ja auch in Betracht zu ziehen ist, daß das gleichermaßen durch Vertrag gebundene Unternehmertum an der Ausnützung seiner Konjunktur gegen die Interessen der Arbeiter ebenfalls gehindert ist. Ueberdem kann die Konjunktur der allgemeinen Wirtschaftslage eine derartige sein, daß trotz konstanter Lohnverhältnisse es sich auch für die in ihrer Aktionsfreiheit vertraglich unbehinderten Gewerkschaftsorganisationen von selbst ver-bietet, alles auf des Meisters Schneide zu setzen.

Von welcher Seite man also die Dinge auch nehmen mag, so kann es nur dazu dienen, dem wirtschaftlichen Nutzen der Konsum-vereine für den Haushalt des Einzelnen, wie ihren volkswirtschaft-lichen Nutzen überhaupt klarzustellen. Er ist nicht zu unterschätzen, wenn normale Preisverhältnisse auf dem Lebensmittel- und Ge-brauchsartikelmarte herrschen — was angesichts der bei uns betriebenen Wirtschaftspolitik und zumal mit Inkrafttreten des Zolltarifs vom 1. April dieses Jahres ab so gut wie ausgeschlossen erscheint —, und er gewinnt allgemeine ökonomische Bedeutung in solchen Zeiten, die durch eine achtprozentige Lebensmittelerkennung bei gleichzeitigem Sinken oder Stagnieren der Löhne charakterisiert sind.

Der wirtschaftliche Nutzen, die Erparnis der Konsumvereine ist ja nun das meist unstrittene Kapitel, sogar das Hauptkapitel ihrer ge-noossenschaftlichen Tätigkeit. Er läuft nur unter einer durchaus falschen Begriffsbestimmung, wenn man von „Dividenden“ redet. Dieser für die Behandlung der Konsumvereine bei Staats- und Gemeinde-behörden besonders mit Bezug auf die Steuerfrage recht unheilvolle Sprachgebrauch begegnet auch in vielen Gewerkschaftskreisen einer noch durchaus irtmlichen Auffassung. Irrtümlich insofern, als nicht selten mündlich und in der Presse die Meinung vertreten wird, als sei die sogenannte Dividende der Konsumvereine nichts anderes als die mit dem Nettoaufwand des Kapitalprofits behaftete finanzielle Resultate des genossenschaftlichen Geschäftsbetriebs.

Dies ist aber ganz und gar nicht der Fall, denn es bildet ja gerade die sttliche und ökonomische Unterscheidung kapitalistischer und konsumgenossenschaftlicher Unternehmungen, daß das Erträgnis bei jenen vornehmlich aus einem Teile unbegahlter Arbeitskraft plus Anschlag auf das Rohprodukt der Ware unter Berücksichtigung der Kapitalanlage besteht und als Dividende verteilt wird, während bei den Konsumvereinen das Erträgnis vornehmlich aus ökonomisch rationaler Be- oder vielmehr Betriebsweise resultiert und die Verteilung nicht unter Berücksichtigung der Kapitalanlage, sondern nur unter Berücksichtigung der tätigen Teilnahme am Unternehmen — wenn sich diese auch als passive, durch bloßen Anschlag, nfert — erfolgt. Das ist die Wesensverschiedenheit genossenschaftlicher und konsumgenossenschaftlicher Gewerkschaften, die für den Profit der ersten den Begriff Dividende, für den Reinertrag der letzteren den Begriff Erparnis rechtfertigt.
Eine weitere bedeutungsvolle Unterscheidung beider Gewerkschaften besteht darin, daß die Arbeiter in privatkapitalistischer — industrieller oder Handels- — Unternehmungen durch die Natur der Sache von der finanziellen, das heißt profittragenden Beteiligung

ausgeschlossen sind, während sie in Konsumgenossenschaftlichen Vertrieben Arbeiter und Unternehmer zugleich sein können — wenn sie wollen.

Eine andere Sache bei dieser Dividendenfrage ist natürlich die, daß ein verhältnismäßig kleiner Teil der deutschen Konsumvereine einen gewissen krankhaften Ehrgeiz der Verwaltungen und noch mehr die Mitglieder eine kaum zu bändigende Sucht nach dem Golde, nach hohen Dividenden zeigen. Wenn dafür auch bis zu einem gewissen Grade mildernde Umstände in der Trostlosigkeit unserer wirtschaftlichen Verhältnisse zu finden sind — man betrachte zum Beispiel gerade die achtprozentige Steigerung der Lebensmittelpreise in den letzten Jahren bei gleichzeitigem Stagnieren oder gar Fallen der Löhne —, so ist es doch unter allen Umständen prinzipiell und in jedem einzelnen Falle zu verurteilen, wenn hohe Ersparnisse aus mangelhaftem Geschäftsbetrieb und knauserigen Büchsen zu erzielen gesucht werden. Ersparnisse von 14, 15, 18, 24 Prozent wie sie leider gerade in sächsischen Arbeiterkonsumvereinen vorkommen, deuten nicht auf Merkmale einer gesunden Verwaltung und einen gesunden genossenschaftlichen Sinn der Mitglieder hin. Glücklicherweise bilden sie nicht die Regel.

Was die normale Höhe der Dividendengewährung — besser: Rückvergütung — auf den Umsatz anbelangt, so dürfte ein Satz bis zu 10 Prozent nicht zu hoch und nicht zu nieder gegriffen sein, wenn allen genossenschaftlich-sozialen Gesichtspunkten mit Bezug auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sämtlicher Angestellten und allen genossenschaftlich finanziellen Gesichtspunkten mit Bezug auf Reserverdotierung, Abschreibungen und Rücklagen zur Erweiterung des Geschäftsbetriebs (Eigenproduktion) Rechnung getragen worden ist.

Aus der Höhe des Prozentsatzes der Rückvergütung überhaupt auf ein Gleichheitsverhältnis zwischen Kapitals- und Konsumdividende zu schließen, bedeutet eine Verneinung des Begriffs kapitalistischer und Konsumgenossenschaftlicher Erwerbsformen, deren Formeln sich zu einander verhalten wie Profit zu Ersparnis und daher sittlich und ökonomisch grundverschieden sind.

Es kommt noch hinzu, daß die Konsumvereine durch die nicht zu unterschätzende Gegnerschaft der Rabattvereine, die über ganz Deutschland verbreitet sind und der Kundschaft mit einem sogenannten ricklosen Rabatt von durchschnittlich 5 Prozent imponieren, gezwungen sind, an diese Tatsache manche Konzession zu machen, was ebenfalls den unter durchaus realen Voraussetzungen stipulierten Satz bis zu 10 Prozent rechtfertigt. Im übrigen wird die von den Führern und der Presse der modernen Konsumgenossenschaftsbewegung angestrebte genossenschaftliche Erziehung der Mitglieder auch auf diesem Gebiet Erfolge zeitigen können, wie sie den Anschauungen in Gewerkschaftskreisen und dem Wesen und der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Konsumvereine selbst entsprechen.

Aus den einzelnen Branchen.

Konferenz der Elektromonteur- und verwandten Berufsgenossen des siebenten Bezirkes.

Die erste Bezirkskonferenz der im Verband organisierten Elektromonteur- und verwandten Berufsgenossen tagte am 14. Januar dieses Jahres im Gewerkschaftshaus zu Düsseldorf. Im Hinblick auf den günstig zu nennenden Verlauf der Konferenz in Duisburg (siehe Nr. 49 der Metallarbeiter-Zeitung 1905) stand zu erwarten, daß der von der Bezirksleitung organisierte Ausflug der Düsseldorf-Konferenz durch Delegierte zu beschicken, von den in Betracht kommenden Verwaltungsjahren in größerem Maße Folge geleistet wurde, als dies geschehen ist. Nur die Verwaltungsjahren Köln a. Rh., Düsseldorf, Essen, Dagen, Solingen und M.-Gladbach waren vertreten. — Der Vertreter der Bezirksleitung, Kollege Wallbrecht, eröffnete die Konferenz vormittags 11 Uhr; die Leitung der Verhandlungen wurde diesem Kollegen übertragen. — Die Tagesordnung war: 1. Die Lage der in der Elektroindustrie beschäftigten Kollegen. 2. Was gedenken dieselben zur Verbesserung derselben zu tun? Als Referenten zum ersten Punkte hatten die Einberufer der Konferenz einen Kollegen aus Köln bestellt, der seiner Aufgabe in klarer und erschöpfender Weise gerecht wurde. Erhielten die Beratungen sich dadurch ein interessantes Gepräge, so wurde durch die sich recht lebhaft an der Debatte beteiligenden Kollegen aller vertretenen Orte die vorgelegte Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Elektriker wirksam ergänzt. — Zum zweiten Punkte der Tagesordnung legte der Referent einen schriftlich ausgearbeiteten Agitationsplan vor, der mit einigen kleinen Zusätzen die einstimmige Annahme der Konferenz fand. Mit Rücksicht auf den Raum unseres Organes müssen wir es unterlassen, die gefaßten Beschlüsse hier wörtlich wiederzugeben. Hervorgehoben sei nur, daß die Kollegen allerorts nicht ohne Erfolg die Werbearbeit unter den meist noch unorganisierten Elektrikern u. s. w. betreiben werden, wenn im Sinne der 13 Leitsätze zu Werke gegangen wird. — Auch diese Konferenz zeigte uns wiederum deutlich, daß es die Funktionäre des Verbandes an tatkräftiger Mithilfe bei der zu leistenden Aufklärungsarbeit unter den Elektrikern u. s. w. nicht fehlen lassen. An auch, Berufskollegen, liegt es nun, dafür zu sorgen, daß die geistigen und materiellen Opfer des Verbandes nicht nutzlos bleiben. Die von Jahr zu Jahr trauriger sich gestaltenden Erwerbsverhältnisse erheischen es dringend, daß die große Anzahl der Berufskollegen, die sich noch in Frühlingsstimmung und anderen Klimmvereinen über ihre tatsächliche Lage selbst was vortäuschen, zu Mitkämpfern in der Organisation ergogen werden.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Forttümer zu vermeiden und eine geregelte Vertragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 4. Februar der 6. Wochenbeitrag für die Zeit vom 4. bis 10. Februar 1906 fällig ist.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 4 Abs. 3 des Verbandsstatuts gestattet:

Den Verwaltungsstellen in Reutlingen und Rottenburg pro Woche 5 Pf.

Der Verwaltungsstelle in Saalfeld pro Woche 5 Pf.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung korporativer Rechte zur Folge.

Ausgeschlossen aus dem Verband werden, nach § 3 Abs. 3 a des Statuts:

Auf Antrag der Einzelmitglieder in Barmen: Der Selbstgeißler Hans Aker, geb. am 13. Oktober 1882 zu Bismarckwerder, Buch-Nr. 533 996; der Messerschmied Herm. Goldberg, geb. am 25. Februar 1868 zu Hirtensmied, Buch-Nr. 642 499; der Schlosser Max Kienz, geb. am 14. April 1882 zu Barmen, Buch-Nr. 533 920, sämtliche wegen Streichbruchs.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Görtitz: Der Dreher Paul Schulze, geb. am 14. Dezember 1872 zu Görtitz, Buch-Nr. 821 649, wegen Schädigung von Verbandsinteressen.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Ilmenau: Der Hilfsarbeiter Wilhelm Wehrhans, geb. am 27. Oktober 1874 zu Ilmenau, Buch-Nr. 730 915, wegen unkollegialen Verhalten.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Zuffenhausen: Der Schlosser Josef Zollner, geb. am 25. Dezember 1886 zu München, Buch-Nr. 613 952, wegen Diebstahl.

Gerügt wird: Auf Antrag einer Untersuchungskommission der Verwaltungsstelle in Berlin in der Ausschlußsache gegen Adermann, Wiesenhal und Zaleski:

Der Mechaniker Georg Adermann, der Mechaniker Nepomuk Zaleski, beide wegen groben Verstoßes gegen die gewerkschaftliche Disziplin. Gegen den Schlosser und Gastwirt Karl Wiesenhal erübrigt sich die Erteilung einer öffentlichen Rüge, da Wiesenhal wegen eines anderen Deliktes bereits aus dem Verband ausgeschlossen wurde.

Auf Antrag der Einzelmitglieder in Freiberg i. S.: Der Former Paul Voigt, Buch-Nr. 88 787, wegen unkollegialen Verhalten und Preisdrückerei.

Wieder aufgenommen wird: Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Bielefeld: Der Dreher Herm. Westerbeide, geb. am 1. Dezember 1877 zu Siefer.

Aufforderung zur Rechtfertigung. Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimal hintereinander erscheinenden Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschluß aus dem Verband.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Guben: Der Former Hermann Schulz, geb. am 31. August 1880 zu Verkenwerder, Buch-Nr. 716 127, wegen Logischwindelien.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Schweinigen: Der Metallarbeiter Georg Luz, geb. am 4. Oktober 1886 zu Ulln, Buch-Nr. 578 380, wegen Preisdrückerei.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an Theodor Werner, Stuttgart, Rote-Straße 16b zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialen Gruß Der Vorstand.

Zur Beachtung.

Zuzug ist fernzuhalten:

- von Drahtziehern nach Sinn bei Weylar (Neuhöfnungshütte) D.; von Dreher nach Düsseldorf (Rhein. Metall- und Maschinenfabrik Ehrhardt) R.; von Dreher, Drückern, Gießern, Gürtlern, Monteuren, Schleifern und Ziseleuren nach Turg-Wogelsang, Kanton Argau, Schweiz (Firma Egloff & Cie.) S.; von Dreher, Gießern, Gürtlern, Polierern, Schleifern und Ziseleuren nach Zürich und Hochdorf, Schweiz (Firma Stramid) S.; von Formern, Eisgießereiarbeitern und Kerumachern nach Kaiserlautern (Firma Pfeiffer) D.; nach Neuenbürg bei Pforzheim (Wülfelienfabrik Eschbauer) W.; nach Dsnabrück (G. W. Ortman) S.; nach Sreutin; nach Tangernünde (Germann Benning & Co.) S.; von Graveuren nach Stuttgart (Vereinszeichen und Prägeanstalt Schwerdt, Joh. W. Volk) S.; von Gürtlern, Drückern, Schleifern und Stanzern nach Erfurt-Florsgehofen (Vanvenfabrik Töbelsmann & Grimm) W.; von Kleinern, Blechemballagearbeitern und Arbeiterinnen nach Braunschweig (Anger u. S. & Kunge) W.; nach Stuttgart (Gasmeserfabrik Braun & Co.) S.; von Metallarbeitern aller Branchen nach Bausen (Firma Butler); nach Basel, Schweiz (besonders Maschinenfabrik Merz) S.; nach Brugg, Kanton Aarau, Schweiz (Maschinenfabrik Müller & Co.); nach Kassel (Evens & Pistor, chirurg. Instrumentenfabrik) S.; nach Kellinghausen b. Essen (Firma A. W. Sinnendahl, Strickgesellschaft) W.; nach Kojoc (Reptun-Werk) S.; nach Schweinigen (Heinhard & Maier, Maschinenfabrik) S.; nach Solingen; nach St. Klause, Schweiz, (Automobilfabrik A. S. vormals Maxim & Co.); nach Thun, Schweiz (Metallwerke Seloe) S.; nach Torgelow (Hilde & Co.) W.; nach Töp bei Winterthur (Maschinenfabrik Nieder & Co.); nach Verdau D.; von Schlägerarbeitern nach Solingen S.; von Schlossern nach Zürich (Firmen Kaffen-Bauer, Kaffen-Schwyzler, Schappi-Schweizer und Pünter & Cie., Ofenfabrik); von Ziseleuren nach Stuttgart (Hais & Hahn) D. (Die mit W. und S. bezeichneten Orte sind Streifgebiete, die überhaupt zu meiden sind; v. S. heißt: Streik in Aussicht; S.: Lohnbewegung; W.: Auspöterung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; W.: Mißstände; R.: Lohn- oder Akkord-Reduktion; F.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Korrespondenzen.

Feilenhauer.

Willingen. Zu der „Berichtigung“ des Herrn Bed in voriger Nummer ist zu bemerken, daß es unwar ist, wenn er behauptet, sein Tarif sei höher als der der hiesigen Konkurrenz. Im Laufe des letzten Jahres war er freilich gezwungen, seine Arbeiter höher zu entlohnen. Eine solche Anforderung wurde auch an seine hiesige Konkurrenz gestellt, die aber sofort höhere Löhne zahlte wie Bed. Der Herr hat auch früher den Anspruch getan: „Ich werde meine Wade räumen und dann sehen, ob ich keine Ruhe erhalte.“ Herr Bed sollte auch angeben, warum er trotz fortwährenden Inzerierens im Schwarzwälder Boten zurzeit keinen Feilenhauer hat. Einen Kollegen, den Bed freierzeit im Verdacht hatte, unserem Bezirksleiter die Verhältnisse geschildert zu haben, hat er entlassen, weshalb er vom Gewerbeamt verwurteilt wurde. Die Entlassung war, wie Bed schließlich selbst zugab, erfolgt, weil der Kollege mehr Lohn verlangt hatte. Wir wollen nicht mehr sagen, wenn es nicht genügen sollte, kann mit mehr aufgewartet werden.

Former.

Mannheim. Necht neue Entlohnungsmethoden scheinen in der Siedler Aktien-Gesellschaft vormals Karl Flint zu herrschen. Ding da kürzlich ein Former zu arbeiten an; er bekam von Meister Fries Arbeit zugestellt (verschiedene Sorten Schachtel mit Rahmen) und den Preis dafür angegeben: eine Nummer komplett für 1,65 Mk., eine für 2,50 Mk. und eine Nummer für 2,80 Mk. Als jedoch der Meister Fries den Preis aufnahm, erklärte dieser dem Former, er bekomme für die zwei letzten Nummern nur 2 und 2,50 Mk. Der Former beschwerte sich wieder bei Meister Fries und dieser erklärte, er habe sich geirrt, die Angaben des Schreibers Fries seien richtig, er könne nicht mehr geben. Er möge aber nur weiter arbeiten; diese Arbeit sei jetzt fertig und wenn sie wieder käme, würde sie ein anderer Former bekommen. Natürlich ließ der Former sich dieses nicht gefallen; er verlangte sein Recht mit dem Former, um den angegebenen Preis sei es unmöglich, diese Arbeit zu machen. Er wolle deshalb lieber aufhören und sein Recht wo anders suchen. Daraufhin bekam er den vom Meister Fries vereinbarten Lohn ausbezahlt.

natürlich verließ er auch die Wade. Nun muß man doch fragen: Ist Meister Fries bloß als Aufpasser da, und werden seine Aufgaben von oben nicht respektiert, da der Schreiber Berton sich unterstellen kann, zu reduzieren, wo es ihm beliebt? Oder geht Meister Fries mit der Absicht um, erst so und soviel zu bieten, damit die Arbeit gemacht wird, um hinterher zu erklären, es gibt einfach nicht mehr? Man muß sich nur wundern über die dort noch beschäftigten Kollegen, die solche Intriguespiele so einreisen lassen und nicht schon länger diesen unhaltbaren Zuständen ein Ende gemacht haben.

Veitshau. Die Firma G. Keppler hat es sich zur Aufgabe gemacht, den Formern, die bei ihr aus irgend welchen Gründen freiwillig ausscheiden, die Beschäftigung bei der Aktien-Gesellschaft A. Lehniht zu vermitteln. Woburch die Firma den Einfluß in der Aktien-Gesellschaft A. Lehniht erlangt hat, wollen wir heute nicht untersuchen, aber Tatsache ist, daß in letzter Zeit Forme, die bei der Firma G. Keppler freiwillig aufhörten, auf Betreiben dieser Firma in der Aktien-Gesellschaft Lehniht wieder entlassen werden sollten. In einem Falle bedurfte es des Eintretens der gesamten Forme, um die Entlassung wieder rückgängig zu machen. Jetzt ist dem Meister verboten, Forme von G. Keppler einzustellen. Es sind zurzeit drei Forme und neun Lehrlinge beschäftigt. Gearbeitet wird nur im Stundenlohn. Ausgelante erhalten im ersten Jahre 25 Pf., die übrigen 30 bis 35 Pf. Bei diesen sonstigen Verhältnissen werden es sich Eltern wohl überlegen, ihre Jungen dort in die Lehre zu geben.

Gold- und Silberarbeiter.

Gmünd (Schwäbisch). Die hiesigen Gold- und Silberarbeiter haben nach dem Beschluß einer öffentlichen Versammlung am 16. Dezember v. J., zu der sämtliche Berufsgenossen eingeladen waren, eine Zuschrift an alle Unternehmer mit dem speziellen Ersuchen gerichtet, eine Höherbezahlung der Überzeitarbeit um 25 Prozent und der Nacht- und Sonntagsarbeit um 50 Prozent einzutreten zu lassen, eventuell mit einer dazu bestimmten Kommission von fünf Mitgliedern des Verbandes zu verhandeln. Eine ausführliche Begründung wurde beigegeben. Der Vorsitzende des Handels- und Gewerbevereins, Kommerzienrat Erhard, arrangierte eine Unternehmerversammlung, die sich bis zur Entscheidung ihrer Pforzheimer Kollegen zuwartend verhalten, in einer zweiten Versammlung aber dann zu unserem Ersuchen bestimmt äußern wollte. Die Ablehnung dieser Forderungen durch die Pforzheimer Fabrikanten hatte das gleiche Resultat für Gmünd zur Folge. In einer am 13. Januar abgehaltenen von 600 Personen besuchten öffentlichen Versammlung nahmen die Metallarbeiter Gmünds Stellung zu der Antwort der hiesigen Fabrikanten. Kollege Lauterbach referierte. Er führte ungefährt aus: Die Antwort der hiesigen Fabrikanten unterzeichnete sich von der Antwort der Pforzheimer durch gründlichere und sachliche Prüfung der Frage. Die Ablehnungsgründe haben zum Teil Berechtigung, es sei zuzugeben, daß die Reisepreise für Gmünd höher kommen wie für Pforzheim. Die dortigen Hilfsgehälter, die man in Gmünd entbehren muß, kommen der Produktion ungemein zugute. Doch verliert die Forderung der Arbeiter dadurch nichts von ihrer Berechtigung. Es wird auch von den Unternehmern anerkannt, daß sich der Arbeiter bei der Überzeitarbeit fürerlich aufreibt. Es ist notwendig, daß die ganze Frage für Gmünd und Pforzheim gemeinschaftliche Regelung findet. Hinfällig ist der Einwand, man könne die entziehenden Mehrkosten nicht auf die Waren schlagen, da dies nicht berechenbar sei. Das sei aber möglich. Die Mode und die immer mehr verlangten Neuheiten bilden kein Hindernis. Das ist dieser Industrie mit auf den Weg gegeben, danach hat sie sich schon vor 100 Jahren richten müssen. Wegen der kurzen Dienstzeiten, die die Überzeitarbeit bedingen, sollen die Fabrikanten den Großteil erklären, daß sich diese kurzen Zeiten nur mit einem Lohnzuschlag für Überstunden aufrecht erhalten lassen. Es ist falsch, daß die Arbeiter für Überzeitarbeit schwärmen und den Betrieben gerne zureden, in denen diese Arbeit ständig zu finden ist. Die Arbeiterzeit steht durchweg eine geringe Arbeitszeit aus, da sie erkannt hat, daß sie bei 12 bis 14 Stunden Arbeit sich körperlich schädigt. Wenn durch die Statistik nachgewiesen wird, daß 75 Prozent der Arbeiterzeit von Auslagen berührt wird und wenn man ferner in Betracht zieht, daß der Arbeiter durch die Fabrikordnung verpflichtet wird, bis zu 13 Stunden Überzeit zu arbeiten, so erklärt sich von selbst die Häufigkeit der Fälle, in denen die Überzeitarbeit „bereitswillig“ geleistet wird. Die Unternehmer besuchten den Eintritt einer unaufrichtigen Geschäftsunion mit dem Intraffizieren der neuen Handelsverträge und des Zolltarifs. Auf diesem Standpunkt hat sich die Arbeiterzeit schon vor dem Dezember 1902 befunden und mit den dadurch entstehenden Rückschlüssen im allgemeinen wird sich die Gesamtbevölkerung abfinden müssen. Dieser Einwand ist bei dieser Sache schlecht angebracht. Schötli überflüssig und unzutreffend ist der Hinweis auf das Steigen der Löhne um 30 Prozent in den letzten 20 Jahren, das sich aus einer Zusammenstellung der Lohnlisten der Süddeutschen Gold- und Uuedmetall-Berufsgenossenschaft ergeben habe. Dort wird nur mit Vollöhnen operiert, was gegenüber den tatsächlichen Verhältnissen zu Ungunsten führen muß. Und selbst, wenn die angeführte Steigerung richtig wäre, so muß darauf verwiesen werden, daß nach dem Arbeitsmarkt Jaferons die Preise für Lebensmittel, Miete und Bedarfsartikel in derselben Zeit um 40 Prozent gestiegen sind. Die niedrigen Löhne müssen daher degenerierend wirken und die Ablehnung unserer Forderung durch die Unternehmer muß uns zum Bewußtsein bringen, daß wir mit Hilfe einer machtvollen Organisation besser importiert hätten. Hat sich doch in Pforzheim ein Fabrikant geäußert, daß sie die Forderung ruhig ablehnen könnten, die Goldschmiede müßten ja machtlos da. Der Mann hat das Verdienst, den Arbeitern die Augen geöffnet zu haben. Als Antwort auf die Ablehnung muß eine Massenaktion in die Organisation erfolgen. Abnehmer unterbreitete folgende Resolution: „Die heute den 13. Januar 1906 auf der Wilhelmshöhe tagende Versammlung der in der Gold- und Uuedmetall-Industrie Gmünds beschäftigten Arbeiter nimmt die Erklärung der Fabrikanten bezüglich der verlangten Höherbezahlung der Überstunden unbefriedigt entgegen. Die Versammlung ist der Ansicht, daß es wohl möglich gewesen wäre, bei einem einigermaßen guten Willen den geforderten Zuschlag zu bewilligen. Sie hätte erwartet, daß die Arbeitgeber, wenn sie schon selbst einsehen, daß die jetzigen Zustände unhaltbar sind, ihren ganzen Einfluß aufbieten würde, um den rückständigen Standpunkt ihrer Pforzheimer Kollegen zu ändern. Die Versammlung erklärt, unter allen Umständen an einer Höherbezahlung der Überstunden festhalten zu wollen und beauftragt deshalb die beiden jetzt an der Sache beteiligten Organisationen, diese Forderungen in der Arbeiterzeit möglichst zu propagieren und zu geeigneter Zeit in Verbindung mit den Pforzheimer Kollegen erneut wieder an die Arbeitgeber heranzutreten.“ — Kollege Schötli sprach kurz über die Kommissionsunterhandlung mit einem Arbeitgeber, der sich äußerst entgegenkommend und zustimmend geäußert hatte, und bedauerte nur, daß man im allgemeinen die Kommission unberachtet ließ. Ferner gab Kollege Mann er bekannt, daß verschiedene Sympathieerklärungen erfolgt sind und daß in vier Betrieben eine Höherbezahlung der Überstunden bis zu 20 Prozent bewilligt wurde. Das bedeute schon einen Erfolg. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Die Versammlung hatte sich dann noch mit einem zweiten Punkte zu befassen. Von den „Christlichen“ wurde eine Zeitungs polemik vom Faune gerufen, obwohl die Einladung an die Gesamtheit der Arbeiter gerichtet war, Klagen sie über Weiseleitung, nannten die ganze Aktion ein einseitiges Vorgehen des „sozialdemokratischen“ Metallarbeiter-Verbandes und verurteilten die ganze Aktion auf das politische Gebiet hinüberzugleiten. Man sprach von Parteimache und Zerknirschung und sang das alte Lied von der Abstimmung der Sozialdemokraten bei der Schaffung der sozialpolitischen Gesetze. Schließlich erhielten einige Arbeitgeber noch einen „Hieb“, weil durch die Koalition des Bürgervereins mit dem sozialdemokratischen Verein bei der Gemeinderatswahl das Zentrum vollständig auf's Jaunt geschlagen wurde. Die „roten Bundesgenossen“ wollten jetzt ihren Forderungen Kompensationen erpressen. Der Annonimus erhielt dann eine gründliche Abfuhr, was den Vorsitzenden des christlichen Verbandes, Richard Sartmann, bewog, in ihrer Mitgliederversammlung

zu erklären, daß die christlichen Metallarbeiter dem Artikel fernstehen. Damit war nun bewiesen, daß die Lucretverbereine eine andere Quelle hatten, und als des „Wissens heiserer Dürst“ zur Lüftung des Schleiers führte, war der Verwegene glücklicher als der Jüngling in Saig, er erblickte — den Kaplan Widmer. Von diesem wurde darauf in einer weiteren Notiz Richard Hartmann als Führer bloßgestellt, diesem sei das Infamat vorgelegt worden und er habe sein Einverständnis gegeben. Nur habe man nachher noch etwas hinzugefügt. Alle Achtung vor der Selbstständigkeit des christlichen Vorstehers. Nachträglich versuchte man dann die Ehre Hartmanns zu reparieren, indem man den Widerspruch dem Berichterstatter zuschrieb. Doch die Geschichte hinfle detar, daß es die Christlichen vorzogen, einen Wechsel im Amt des Vorstehers vorzunehmen. Der Anonymus erhielt dann eine öffentliche Einladung zur Versammlung, in der seine Neugierde befriedigt werden sollte. Die folgende Äußerung enthielt nun das Kommando an die Christlichen, der Versammlung fernzubleiben und Zitate aus Webers „Frau“ und aus dem „Vorwärts“ vom Jahre 1892, womit die Befämpfung der Geistlichen, „selbst wenn es die gewissenhaftesten und pflichtgetreuesten Menschen wären“, durch die Sozialdemokratie nachgewiesen und den Christlichen gruselig gemacht werden sollte. In der Tat erlebte diese auch ein Rundschreiben an ihre Mitglieder, der Versammlung fernzubleiben. Der bekannte Kolofratz aus Freiburg spielte natürlich auch eine Rolle dabei durch seine infamatorische Speerung der christlichen Gewerkschaften. Kollege Vorhölzer wies nach, daß der geistliche Herr das Zitat aus Webers „Frau“ aus dem Zusammenhang gerissen hat; das vom „Vorwärts“ im Jahre 1892 Schrumpft zu einer harnlosen Briefkastennotiz zusammen, die einen Einsender in obigem Stile etwas fragen läßt. Solange die christlichen Arbeiter in ihrer Mitgliederliste Unternehmer haben, so lange sie von Kolofratz geführt werden, „der gelogen und gemein verkehrt habe“, der auf dem Schwarzwalde gelagert habe, „schuld an den reinen Lebensmitteln seien die hohen Löhne, die die Gewerkschaften fordern“, solange sie in Flugblättern gemeinlicher Art gegen den Deutschen Metallarbeiter-Verband schimpfen wie in Schramberg und in Köln, solange sie sich in Straßenshauhe befinden, indem sie gegen die Sozialpolitik nicht Stellung nehmen und auch der heutigen Versammlung fernbleiben müssen, solange müssen sie als eine Gesellschaft betrachtet werden, die es nicht verdienen, zu gemeinsamer Aktion aufzutreten zu werden. Folgende Resolution wurde angenommen: „Die heute den 13. Januar in Dörsdorf-Gmund tagende öffentliche Versammlung erklärt, mit den Ausführungen des Bezirksleiters Vorhölzer vom Deutschen Metallarbeiter-Verband als Referenten voll und ganz einverstanden zu sein. Sie erklärt den von christlicher Seite an erfolgten Angriffen gegenüber, daß sie es nur als Gipfel der Charakterlosigkeit ansehen kann, wenn Leute, die unangehörig die freien Gewerkschaften mit den verlogenen und schmutzigen Mitteln bekämpfen, erwarten, daß man mit ihnen gemeinsame Sache machen soll. Ebenso verurteilt sie das feige Verhalten des Anonymus, der wohl den Mut hat, mit castrifellen Behauptungen und aus dem Zusammenhang gerissenen Zitaten unter dem Deckmantel der Anonymität zu kämpfen, der aber zu feige ist, seine Behauptungen in der Öffentlichkeit dem Gegner gegenüber zu verteidigen. Die Versammlung erklärt, ruhig auf das Zusammenarbeiten mit den „Christlichen“ zu verzichten, da sie diese Gewerkschaften als nichts anderes ansehen kann, als was sie sich heute erwiesen haben: als eine Schutztruppe des Unternehmertums, bereit zu jeder Zeit die Arbeiterinteressen zu verraten und die Rechte der Arbeiterschaft preiszugeben.“

Süßdorf.

Bei der Firma Ed. Vörries in Dörsdorf haben alle Arbeiter (16 Bauklemperer und Zapfmaschinen) die Arbeit niedergelagt. Die Firma hat große Arbeiten in Bernath, 2 Stunden von Süßdorf, übernommen, bezahlt aber den Arbeitern weder Jahrgeld noch Landzulage. Der einzige, der noch Landzulage bekam, wurde entlassen. Verhandlungen mit dem Firmeneinhaber blieben ergebnislos. Er bezeichnete seine Arbeiter als „Schweinebande“. Zugang von Bauklemperern und Zapfmaschinen ist ferngehalten.

Metallarbeiter.

Bausen. Der Anstand in der hiesigen Fabrik für Gemeinwerkzeuge von Oskar Bunter wurde nach fünfwöchentlicher Dauer erfolglos abgebrochen. Die Gründe sind folgende: Die ersten drei Wochen war die Situation für die Streikenden äußerst günstig, da nur zwei Arbeitswillige vorhanden waren. Anders gestaltete sich die Lage nach Weihnachten. Bunter hatte einen der Streikenden (Goldberg) als Stützfigur als Vertrauensgespräch gewonnen. Goldberg behauptete sich dafür und gab gleichzeitig das Versprechen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Zuerst wollte das niemand für möglich halten, da besonders der Bruder Goldbergs fortgesetzt unter Aufrufdrängen zu leiden hatte und der Streik hauptsächlich aus diesen Gründen zum Austrag gekommen war. Es war damit die die Stimmung der Streikenden sehr hoch. So war aber immer noch die Möglichkeit vorhanden, zu zeigen, da die drei Mann doch noch nichts nützen konnten. Zum Unglück kam eine Generalarbeitslosigkeitskurz, die gegen zwei Kollegen angeordnet war und am 2. Februar von 13.30 Uhr Schichtanfang wegen Rückmeldung der vierwöchentlichen Kündigung lautete. Das Gewerbeamt sollte eine vermittelnde Vermittlung als nun am nächsten Sonntag der Streikende mit Goldberg bei den Streikenden hantieren ging, wurden zwei Kollegen sprachlos gemacht, sie hielten sich zwar noch eine Woche, dann erklärten sie aber, nicht mehr länger streiken zu wollen. Es wurde dann beschlossen, den Streik am Dienstag den 9. Januar anzufangen. Auch versprochen die beiden (Witz und Hiler) noch so lange zu streiken, sondern haben sie nicht Wort gehalten, sondern haben schon Dienstag die Arbeit aufgenommen. Als die anderen Arbeiter am nächsten Morgen zu Bunter kamen, verlangte er, die wieder in Arbeit zu werden sollten je 13.30 Uhr Schichtanfang zahlen und einen Monats unterzeichnen, worauf sie aus dem Deutschen Metallarbeiter-Verband austraten. Auf diese Forderungen hin versammelten sie am Mittwoch eine Versammlung. Da bei Bunter die Arbeiterstreik nach vier Jahren, erstanden wir, den Zugang von Schmiedern, Schleifern und Zapfmaschinen ferngehalten.

Chemnitz. In der Metallfabrik von J. G. Frommhold gab am 13. und 14. Januar etwa der dritte Arbeiter ausgetreten, einer davon nur 9, ein anderer 17 Jahre dort tätig. Der Grund dazu ist der Widerspruch der Gewerkschaft gegenüber dem Deutschen Metallarbeiter-Verband. Sie in die letzten Jahre haben in dieser Fabrik ein gutes Gewerbeamt zwischen Unternehmer und Arbeiter zu beschreiben, denn für den Aufstieg in die Gewerkschaft waren die Arbeiter nicht zu haben. Man gründete ein Organisations- und Fachkomitee, ein Komitee für den Kampf um den Kampf zu gewinnen, denn wurde er verweigert und ausgesetzt. Im Sommer 1905 kam zum Frommhold nach Chemnitz, er wählte die Arbeiter zum 10. Februar rückwärts, da es die Kontinuität betraf. Dagegen erhoben die Arbeiter Stellung, indem die Organisations- und Fachkomitee diese Forderungen durch einen Streik abwehrten. Von der Betriebsleitung wurde dem Streik aber gelangt werden, das wegen des Mangels einer gesunden Organisation an einem Streik nicht zu denken ist. Durch Verhandlungen, die mit dem Chef geführt wurden, gelang es, die Streikenden auf 5 Prozent zu verringern. Seitdem folgten sich nun die Arbeiter bis auf zwei bis zum 7. den Deutschen Metallarbeiter-Verband an, was den Frommhold nicht ausgereicht war. Im Laufe der Woche wurden mehrere Kollegen, die in Betrieb blieben, mit Gewalt für den Streik an der Gewerkschaft zu werden, genötigt. Er erklärt auch am 13. Januar, obwohl ein Schlichter vorgeschlagen wurde, weil er in Folge des Streiks einen Teil in Betrieb gelassen wurde, zum Streik in den Betrieb genommen habe. Am Montag kam nun der Arbeiter, welcher als Streiker, nur zurückkehrte, weshalb er, wegen der dem Arbeiterstreik gegenüber hatte, so langsam einlassen werden ist. Auch war für den Streik eine Verhaftungsbefehl gegeben. Streik von dem Arbeiterstreik wurde nicht veranlassen. Streik gegen den Streik gegen den Streik in der Fabrik zu bekommen und den Streikenden Streikenden und Streikenden entgegen zu setzen, sind

Sie mit heutiger Lage entlassen.“ Da die Fabrikanten nun doch wohl glaubten, es könnte zur Arbeitsniederlegung kommen, schickten sie auch den übrigen Arbeitern einen Brief, der wie folgt lautete: „Um Ruhe in der Fabrik zu bekommen und den fortwährenden Heberien und Wühlereien entgegenzutreten, habe ich mich genötigt gesehen, mit heutigem Tage folgende zu entlassen (folgen 8 Namen, darunter der eines Arbeiters, der zurzeit krank ist, weil er in der Fabrik einen Unfall erlitten hatte) und teile Ihnen weiter mit, daß derjenige, welcher Morgen seine Arbeitsstätte nicht einnimmt, entlassen ist. Chemnitz, den 15. Januar 1906. J. G. Frommhold.“ — 48 von den 71 dort Beschäftigten wollten durch einen Streik die Wiedereinstellung der 9 Gemeinregelten erzwingen. Da zurzeit aber der Geschäftsgang in der Metallfabrik kein guter ist und noch 23 Arbeiter (von denen freilich mehrere in der Baderei tätig sind) stehen bleiben wollten, rief die Betriebsleitung von einem Streik ab. Durch Verhandlung gelang es dann, daß Frommhold vier der Entlassenen wieder einstellte und die weiteren fünf erklärte, dort nicht mehr arbeiten zu wollen. War es diesmal auch nicht möglich, alle Gemeinregelten Kollegen wieder an ihre Plätze zu bringen, so hat der Unternehmer doch den Druck der Organisation gespürt und wird sicher mit dem Recht der Arbeiter nicht mehr so leicht verfahren wie bisher, da ihm das sonst einmal teuer zu stehen kommen könnte.

Offen. Am 14. Januar hielt die hiesige Verwaltungsstelle ihre ordentliche Generalversammlung ab. Aus dem Jahresbericht war zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl von Quartal zu Quartal langsam gestiegen ist. Die Abrechnung vom 1. Quartal 1905 wies die Zahl von 652 Mitgliedern auf, das 4. Quartal des Jahres 1905 dagegen 5527 Mitglieder. Im März wurden 1905 verkauft: 127221. An den Hauptvorstand wurden 38300 Mk. abgeliefert. Die Meisterunterstützung betrug 3618 Mk., die Arbeitslosenunterstützung 155 Mk., für Streiks und Maßregelung wurden 1602 Mk., für Unzulänglichkeiten 310 Mk., für Nachschuß 80 Mk., in besonderen Notfällen 1185 Mk., an das Kartell 1028 Mk., an das Arbeiterreferat 1285 Mk. bezahlt. Das Jahr 1905 war ein Jahr voller Tätigkeit, wofür die Sprache auch nicht ausgeblieben ist. Immer mehr breitet sich der Gedanke unter den hiesigen Arbeitern aus, daß nur die Organisation es ist, die die Arbeiter aus der elenden Lage befreien kann. Über zwei Fabriken wurde wegen der darin herrschenden Mißstände die Sperre verhängt. Das war mit vollem Erfolg gekrönt. Der Klempnerstreik mußte nach dreiwöchentlicher Dauer abgebrochen werden, weil die Bauunternehmer die Bauarbeiter ausperren; doch werden die Meister daraus wohl die Lehre gezogen haben, in Zukunft den Preisentwärtz zu verlassen. Einen schweren Standpunkt hat die Organisation in der Bekämpfung der Überzeitarbeit. Es vergeht keine Besprechung, in der nicht dieser Punkt auf der Tagesordnung steht. Dieses System ist speziell bei der Firma Krupp arg eingetrieben. Ja, vielen Arbeitern ist es in Folge Gewohnheit „Bedürfnis“ geworden. Die Bezahlung hält schwer, doch werden im Laufe der Zeit bei eifriger Agitation die Erfolge nicht ausbleiben. Der Firma Krupp selbst wäre es ja annehmlich, wenn die Arbeiter gar nicht nach Hause gingen. Von den Baumeistern, Betriebsführern und Meistern wird auf die Überzeitarbeit hingedringt und bei Weigerungen sogar mit Entlassung gedroht. Der angeführte Sonntagstreik hat die Organisation schnell entgegen gearbeitet, eine große Jahresbesprechung nahm befanntlich eintragung eine Resolution an. Diese wurde der Direktion und dem Vorstand der sozialdemokratischen Partei zugehört. Am Reichstag wird die Sonntag- und die Überzeitarbeit der Firma Krupp wohl ins rechte Licht gerückt werden. Aus der Überzeugung resultieren die hohen Löhne, mit denen die Vorführer der Firma haushieren gehen. Es wäre auch angebracht, die Penneinsätze im Reichstag einer Würdigung zu unterziehen. Manche Privatkasse zahlt wenigstens beim Austritt aus dem Betrieb einen Teil der eingezahlten Beiträge zurück, doch die Firma Krupp denkt nicht daran. Der anderthalbmalige Tagesdurchschnittslohn wird als Ausgleichsgeld sofort nach der ersten Lohnzahlung einbehalten und dann folgen die regelmäßigen Beiträge bei jeder Lohnzahlung. Samstags- und Sonntagslöhne von Männern scheiden nach Monaten und Jahren bei Krupp aus, ohne das Gehalt von dem eingezahlten Geld zurückzubekommen, sie werden buchstäblich betrogen. Das nennt die Welt Wohlfaßt. Zum Schluß sei eine kurze Zusammenfassung der hier im Verband organisierten Kollegen gegeben: Dreher 55, Feilhaber 23, Formler 109, Feiler und Maschinen 37, Reifeisen 16, Klempner, Zink-Klempner u. s. w. 123, Maschinen 9, Schleifer 1215, Schmiede 122, sonstige Metallarbeiter 500. Das diese Zahlen für die hiesigen Verhältnisse, wo rund 4000 Metallarbeiter in Betrieb kommen, wohl klein sind, wird wohl jedem Kollegen einleuchten. Im Jahre 1905 muß wiederum mit aller Macht gewandt werden. Das alle jeder Kollege seine Schulpflicht, damit am Schluß dieses Jahres die doppelte Zahl der jetzigen Mitglieder erreicht wird.

Freiburg i. S. In Nr. 51 der Metallarbeiter-Zeitung vorigen Jahres war von hier eine Korrespondenz enthalten, die sich gegen die Firma Heiser richtete. Die angeführten Behauptungen beruhen jedoch, wie wir aus zuverlässigen Überzeugungen haben, auf falscher Information, so daß sie nicht anrecht zu stellen sind. Sie werden deshalb hiermit widerrufen.

Stettin. In dem Bericht von hier in Nr. 3 muß es mit „die Arbeiter der Schraubenfabrik von Dierckx“ heißen. Die Arbeiter der Sauer Schraubenfabrik u. s. w.

Leipzig. In der Metallfabrik ist ein Streik ausgetreten. Da in dem Werk mehr als 1000 Arbeiter anderer Branchen beschäftigt sind, wird auch der Zugang von Metallarbeitern gewarnt.

Mannheim. Der Streik in der Stahlwerk ist beendet, indem vor dem Gewerbeamt eine Einigung erzielt wurde. Bericht folgt.

Neuburg. Von der hiesigen Sägeleifabrik von Feldbauer ist Zugang aller Branchen von Metallarbeitern ferngehalten.

Firma i. S. Wir hatten vor einiger Zeit mit dem Gewerbeamt verhandelt, über die Sperre für alle Branchen der Metallarbeiter zu verhängen. Die Notiz sollte im Regulator in der selben Woche erscheinen wie in der Metallarbeiter-Zeitung. Bis heute ist im Regulator darüber nichts erschienen. Es hand jedoch etwas anders im Regulator, das auf Unvollständigkeit der Notiz des Gewerbeamts bei der Firma Gebrüder Gieseler bezieht. Dagegen, die Verhandlungen sind im Gange. Lediglich es aber, daß keine Differenzen bestehen, also auch keine Verhandlungen im Gange waren. Der gewerkschaftliche Organisations- und Fachkomitee veranlaßt nicht nur den Gewerbeamt, er erklärte in einer Versammlung jetzt anstandslos, für Gewerkschaftenmitglieder sei keine Arbeit gewährt. Und ein solcher Streik verleiht ein kollegiales Zusammenarbeiten nur mit bei allen Differenzen! — In dem Bericht von Gieseler wurde nun nach der Notiz im Regulator ein Verbot ausgesprochen, wenn die Sache für uns erledigt war. Man wurde jedoch auch dem Organisations- und Fachkomitee gegenüber. Dagegen in der hiesigen Zeitung, dem Bericht des Gewerbeamts wurde ein Streik verhängt, der für die Metallarbeiter nicht möglich war. Es wurde aber auch das Gewerbeamt nicht verweigert. Das wurde jedoch dem großen Gewerbeamt in demselben Abend ein Brief vom einem Mitgliedsversammlung: „Ja, wir werden „Ingenieur-Kreis“ schon dem befehlen, da immer wir eine mal ein bißl Kräfte machen.“ Am Sonntag half das „Gewerbeamt“ in der Zusammenkunft des Unternehmerrates, „Ingenieur-Kreis“ ist aber auch ein Fruchtgeschäft, das für uns unerschwinglich wäre. Das er seinen Schreibern alle überredete, sagte er erst, daß bei einem eventuellen Gewerbeamts-Verbot, in der „Notiz“ der letzte Schreiber befehlen“ werden würde. Aber, dieser Bericht und Unklarheit — laßt! Als Meister der „Ingenieur-Kreis“ hiesiger Gruppe sah, daß das Herz in der Fabrik der Metallarbeiter, das wegen der „Ingenieur-Kreis“ nicht war. Die Metallarbeiter haben sich zu einem Streik entschlossen! Es hand nur die Mitglieder zu bekommen, die sich von solchen Streikern nicht an der Fabrik herumtreiben lassen. Unreine Kollegen sind immerhin dem Gewerbeamt zuzurechnen, das ein solches Verhalten des Metallarbeiter-Verbandes überlegenem Führer vor Augen zu führen.

Rathenow. Die hiesige Verwaltungsstelle vereinnahmte im verfloßenen Jahre 1905 bei einer durchschnittlichen Mitgliederzahl von 519 an Beiträgen und Eintrittsgeldern mit Einschluß eines lokalen Extrabeitrags 12405,30 Mk. Außerdem gingen für den Bergarbeiterstreik und für den Dressener Zigarettenarbeiterinnenstreik 353,85 Mk. ein. Von den Ausgaben seien hier erwähnt: Reisegeld an durchreisende Mitglieder für 664 Tage 664 Mk., Ortsunterstützung für 1276 Tage 1669,09 Mk., Unterstützung in besonderen Notfällen 361 Mk., an Gemapregelte 639 Mk., Nachschuß 35 Mk., Streikunterstützung 8020 Mk. Die Hauptkasse erhielt 4350 Mk., während dieselbe zu den Streiklosten 8200 Mk. Zuschuß leistete. Der Rückgang in der Mitgliederzahl, der nach den großen verlorenen Streiks einsetzte, ist leider auch im verfloßenen Jahre noch nicht zum Stillstand gekommen. Übernommen wurden 540 Mitglieder, der Bestand am Jahreschluß betrug 499, obgleich 184 Neuaufnahmen gemacht wurden. Unter dem Abgang figurieren 71 freiwillig Ausgetretene, während 117 wegen Beitragsrückstand gestrichen, 16 wegen disziplinarwidrigen Verhaltens ausgeschlossen werden mußten. Daß von der Organisationsleitung eine intensive Tätigkeit entfaltet worden ist, davon zeugen die zahlreichen Versammlungen, Besprechungen und Sitzungen, deren insgesamt 163 stattgefunden haben. Lohnbewegungen fanden außer dem vom Jahre 1904 übernommenen Streik wegen Anerkennung des Tarifs, der resultatlos endete, statt; bei dem Klempnern und den Arbeitern der landwirtschaftlichen Maschinenfabriken. Diese endeten ohne Streik mit annehmbaren Vorteilen für die Beteiligten. An sonstigen Differenzen, die ein Eingreifen der Organisationsleitung nötig machten, war n 11 zu verzeichnen. Nach einer von der Organisationsleitung aufgenommenen Statistik sind in der Rathenower Metallindustrie mit Einschluß der optischen insgesamt rund 2500 Beschäftigte vorhanden, darunter 160 Arbeiterinnen und 303 Lehrlinge. Da auch der Gewerbeamt nur mit höchstens 150 Mitgliedern in der Metallindustrie vertreten ist, so zeigen die Zahlen recht deutlich, wie viel Aufklärungsarbeit noch notwendig ist, um alle Organisationsfähigen der modernen Arbeiterbewegung zuzuführen.

Solingen. Noch immer ist der Kampf unentschieden. Die Ausgesperrten haben in keiner Art und Weise sich beeinflussen lassen, von der Organisation Abstand zu nehmen. Im Gegenteil. Nicht nur daß sich die Neuaufnahmen wieder vermehren, fängt es auch in den Lokalgewerkschaften zu gehen an. Die Ausschreibung zeitig in den Köpfen der Arbeiterschaft das Nachdenken. In einer in Mercheid abgehaltenen öffentlichen Versammlung erlebten wir es, daß ein Lokalgewerkschaftler Federmeißerschleifer unter dem allgemeinen Beifall der stark besuchten Versammlung für den Deutschen Metallarbeiter-Verband eintrat und seinen Kollegen die Frage vorlegte, was da werden sollte, wenn ihre Organisation einen Kampf aufnehmen müßte. Im Laichen- und Federmeißer-Weidverein war es sogar der Vorherrscher (Geschäftsführer), der die augenblickliche Situation schilderte und darauf hinwies, daß eine ganze Reihe der Kollegen erklärt haben, die Opfer im Lokalverein nicht mehr nutzlos bringen zu wollen, wenn nicht bald etwas anderes erfolge, würden sie in den Deutschen Metallarbeiter-Verband übertreten. Und man muß sagen, die Weiber werden, wenn es so weiter geht, tatsächlich auf jede Besserstellung verzichten müssen, während selbst unser Kampf bei einer eventuellen „Niederlage“ noch Verbesserungen bringen wird und muß. Im Gegensatz zu allen anderen Arbeitern stehen natürlich die Zersplittererschleifer. Wer die Artikel in der Metallarbeiter-Zeitung verfolgt hat, wird ja schon einigermaßen wissen, was er von der Führung und Leitung der Meißerschleifer-Gewerkschaft halten kann. Wir sind nun heute in der Lage, nachzuweisen, daß diese Leute nicht nur nichts gelernt haben, sondern nach „altdemährter“ Weise im Schlepptau der Unternehmer und deren Helfershelfer segeln. Der alte Grundfalsch, auf Kosten anderer Erfolge erringen zu wollen, treibt ihre Führer sogar ins Lager der Feinde der Arbeiterschaft. Am 20. Januar erschien in unserem Landratsorgan ein Artikel mit der Einleitung: „Der Streik der Schlägerarbeiten ist nach Ansicht einschüchter Gewerkschaftsführer gegenwärtig nur noch ein ausschließlicher Versperrungskampf, bei dessen Abbruch ein Teil der streikenden Arbeiter an der Strecke bleiben wird.“ Wir konnten es kaum für möglich halten, daß ein Kreis- oder Zertellungsblatt Gewerkschaftsführer Mitarbeiter seien, obwohl es ja nichts seltenes war, daß ganz interne Angelegenheiten der hiesigen Arbeiterschaft in den börgentlichen Blättern erschienen, ehe die Arbeiterpresse noch ein Wort gebracht hatte. Wohl hatten wir eine Ahnung von früherher noch, wo es gang und gäbe war, daß der Arbeiterschaft bei ihrem Ringen nach besseren Zuständen von gewissen Personen immer der Weg verlegt wurde. Aber merkwürdig! Diese Leute hatten Schweineglatz. Die Arbeiter vergaßen recht bald die Vorkommnisse und die Unternehmer klebten lindernde Pflaster auf die Wunden dieser sonderbaren Gewerkschaftsführer, die heute wieder ihre Zeit gekommen glauben. Diesmal brauchen wir indes nicht lange zu warten, um zu wissen, woher das Material kam. Am 23. Januar erschien im Tagesanzeiger der Artikel: „Zum Schlägerstreik lag der letzten Versammlung eine Statistik über den jetzigen Stand des Streiks vor. Nach den Feststellungen beschäftigte die Firma Rauch vor dem Streik 70 Personen, die mit Ausnahme der Schlosser sämtlich die Arbeit niedergelagert. Augenblicklich beschäftigt die Firma in ihrem Betrieb wieder 39 Schlägerarbeiten. Die Firma Bachhaus in Ohligs hat in ihrem Betrieb keine Störung mehr, es sind vier Breitflammer und drei Feinwerke im Betrieb. Bei der Firma Hölhe traten bei Anfang des Streiks sechs Arbeiter in den Zustand, sämtliche Stellen sind wieder besetzt, ebenso bei der Firma Henkeis, wo sieben Arbeiter in den Ausstand traten, die aber wieder ersetzt sind. Bei der Firma Herder-Grünwald streikten acht Arbeiter, von diesen sind sechs ersetzt. Bei der Firma Gebr. Parikopf, Rathenowstrasse, legten von 170 Arbeitern 18 die Arbeit nieder. Selbstverständlich wurde hierdurch der Betrieb nicht gelähmt. Bei der Firma Engels-Bötschhaus streikten fast sämtliche Arbeiter die Arbeit nieder. Heute ist die Abteilung, in der Henschel der Waren hergestellt werden, wieder vollständig besetzt, wohingegen die Meißerschleifer zu Dreiviertel ersetzt sind. — Bei der Firma Caple-Wald legten von 14 Arbeitern nur zwei die Arbeit nieder. Bei der Firma König-Wald sind die Streikenden bis auf drei ersetzt. Verschiedene Firmen sind in Streik erklärt worden, ohne daß auch nur ein Mann seine Arbeitsstätte verlassen hat, so die Firma Köhlig-Burgstrasse, Christians, Beck & Stamm-Weyer, und Kuno Stamm-Weyer bei Sülzig. Bei der später erfolgten Arbeitsniederlegung der Klempnerstreik wurden fast sämtliche Arbeiter der Firma Salsler, die in Streik trafen, durch geschulte Arbeiter der Firma Ern zu Witzlufde ersetzt. Die Firma Ern, die befanntlich Hunderte von Arbeitern beschäftigt, konnte den Verlust sehr leicht verkraften. Der Betrieb ging ungestört weiter. Bei der Firma Obede & Co. in Mercheid legten von 16 Arbeitern, die gefündigt hatten, vergangene Woche nur neun die Arbeit nieder. Dieser namhafte Nachweis spricht für die Notwendigkeit des baldigen Friedens. — — — Nach dieser Mitteilung, die den Führern der Meißerschleifer alle Ehre macht, wissen also die Solinger Arbeiter ganz genau, wo sie die zu suchen haben, die — nur ihren Vorteil im Auge haben. Aber, so wird mancher fragen: Wie kommen die Meißerschleifer dazu, sich mit den unreinigsten Angelegenheiten der Metallarbeiter zu befassen? Die Antwort ist sehr nahe legend. Die Arbeitslosigkeit zwingt mit unerbittlicher Notwendigkeit die einzelnen Fachvereine zur Stellungnahme. Und gerade die Meißerschleifer können sich dem nicht entziehen. Und da die Arbeitslosigkeit mit jedem Tage größer wird, deshalb die verschiedenen Anforderungen, diesen Kampf zu befechtigen. Doch noch werden ihre Zahlen her? Ja, die wir trotz aller Streikposten nicht ermitteln konnten! Die Führer haben dieses Material von einer Quelle, die uns beweis, daß bei ihnen alles möglich ist. Obwohl die modernen Grobvertriebe in Schlägerbereich für sich abgeteilt haben, zum Teil gar nicht mit Schleiferei verbunden sind, ein Fortschritt in der Sache hält, und es uns nicht möglich war, genau festzustellen, was für Arbeitswillige in Frage kommen, wissen es die Meißerschleifer. Das läßt sich nur dadurch erklären, daß das Material von den Unternehmern geliefert und tendenziös zubereitet, von den Schleifern benutzt wurde, um ihre Arbeitslosigkeit mit einem Vorwand zu bannen. Jeder der Ausgesperrten weiß, daß gerade jetzt der Hochdruck beginnt, das zum Beifall Meißerschleifer überhaupt nicht beschäftigt sind. Von der Firma Bachhaus wissen wir,

Rundschau.

Reichstag.

(22. bis 26. Januar.) Der Abschluß der vorangehenden Woche hatte noch einen drastischen Beweis für die geringe Wertschätzung gebracht, deren sich der Reichstag bei dem Reichstanzler für den Bülow zu erfreuen hat. Der Staatssekretär des Auswärtigen, Freiherr von Richthofen, war den Folgen eines Schlaganfalls erlegen; das preussische Sanftparlament erhielt in seinen beiden Ausgaben eine öffentliche Anzeige des Todesfalls; aber dem Reichstag wurde er amtlich verheimlicht. Nun kann man gewiß sagen, daß darauf nicht viel ankomme, inwiefern doch jeder Abgeordnete eine Zeitung lese und daher über den Vorfall unterrichtet gewesen sei. Indessen, so einfach liegt die Sache doch nicht. Denn wenn wir in dem Versuch des Abschneidens bei einem anderen die Absicht der Verhöhnung und Geringschätzung erblicken, dann verbitten wir uns das sehr energisch. So handelte auch der Reichstagspräsident Graf Balloren, als er mit nichtmißzuverstehender Schroffheit dem Parlament vorschlug, sich am 20. Januar nicht zu versammeln, sondern den einzelnen Mitgliedern Gelegenheit zu geben, dem verstorbenen Staatssekretär die letzte Ehre zu erweisen.

Dieser Vorgang und die Brüstung des Zentrums in der Duellfrage lassen erkennen, daß in der Regierung wieder einmal die Bügel völlig am Boden schleifen. Planlos wurzelt der Reichstanzler („Krauzler“ ist ein Berliner Konditor, der berühmte Süßigkeiten anfertigt) weiter, ohne sichere Mehrheit im Reichstag, ohne Ziel und Antrag in der völlig verfahrenen auswärtigen Politik — es ist ein Jammer! Da Bülow auf keinen Fall eine wie immer geartete Mehrheit ohne das Zentrum zusammenbringen kann, so wird es eine der wichtigsten Aufgaben des eben wiedergewählten Herrn Spahn sein, die zerfallenen Fäden wieder anzuknüpfen. Er hat dabei ein Paar nette Dammschrauben für Bülow in der Tasche: einmal die Steuererlasse, von denen ohne das Zentrum auch nicht eine einzige Zeile eine Mehrheit findet, und sodann die Militärpensionsgesetze, auf die die verbündeten Regierungen den größten Wert legen. Wir setzen hier schon früher auseinander, daß es den Reaktionsären und ihrem regierenden Ausschuss sehr darauf ankomme, das Militär bei guter Stimmung zu halten. Nicht als ob heute in der Beziehung irgend etwas vom Standpunkt der Herrschenden aus zu befürchten stünde; wohl aber deshalb, weil der Nachwuchs sich je nach den Umständen auf Versorgung verandert. In dieser Situation kann das Zentrum so ziemlich jeden seiner Wünsche durchdrücken. Und daß es weitgehende Wünsche hat, lehrt die neuerliche Beratung des sogenannten Tolerananztrags. Niemand ist lebhafter für Tolerauz eingetreten, als die Sozialdemokratie; aber was das Zentrum mit seinem Antrag in letzter Linie erreichen will, ist alles andere eher als Tolerauz. Es bedarf auf dem Gebiet der Volksklärung aller Anstrengungen der vorwärtsstrebenden Elemente, damit die Bäume des Ultramontanismus nicht in den Himmel wachsen!

Die Verhandlungen des Reichstags boten während der ganzen Woche wenig Interessantes. Aus einer Zünftlerdebatte sei das Wort des Grafen Posadowski angeführt, daß der Mittelstand nicht mit den Särgen nach dem Befähigungsnachweis gleichzusetzen sei. Sehr richtig!

In den Kommissionen macht das Zentrum inzwischen Steuererlasse durch, die dem Volke teuer zu stehen kommen werden; hoffentlich auch ihren — Urhebern.

Der rote Sonntag.

Der rote Sonntag, gewidmet dem Gedächtnis der Opfer zaristischer Willkürherrschaft und dem Protest gegen Volksentrechtung und Volksnechtung, ist vorüber. Und sein Ausgang war unzweifelhaft eine groteske Blamage der scharfmachenden Reaktion. Nicht nur in den Residenzen, sondern auch in ganzen Provinzen hatte man außer Polizei und Gendarmerie noch zahlreiche Truppen in Bereitschaft gehalten, nicht ohne ihnen neben den scharfen Patronen eine angemessene politische Belehrung über den „Anfang“ zu geben. Phantastische Formen hatten diese Sicherheitsmaßregeln in der Nähe des Berliner Schlosses angenommen: dort hatte man ein preussisches Ostasien- oder Jarsfeldes improvisiert! Und nicht nur dies. Es hatten auch noch eine Anzahl von Studenten, antifemistisch angehauchte Handlungsdramen und ähnliche dumme Jaugen das „feierliche Gedächtnis“ abgelegt, gegebenenfalls die Rolle zu spielen, wie in Rußland die „Schwarzen Hundert“. In anderen Gegenden wieder, wie in Sachsen, in einigen thüringischen Kaufmanns- und in Hamburg war so etwas wie der kleine Belagerungsstand verhängt worden: dem Volke wurde das ihm gesetzlich garantierte Versammlungsrecht und die Freiheit der Rede im Namen der „Ordnung“ geraubt, geraubt von denselben Leuten, die es bezahlt, damit sie ihm keine öffentlichen Geschäfte besorgen! Es ist schrecklich: ungläublich, was manche Bureaukraten der Geduld des Volkes zu bieten wagen!

Aber trotz aller Provokationen, die zum Teil einen wirklich gefährlichen Charakter angenommen hatten, ließ sich das demonstrierende und protestierende Heer der Arbeiter an keinem Orte zur geringsten Ausschreitung, sei sie auch nur eine geringfügige Straßenordnungs-konvention, hinreißen. So hatten denn die Gegner mit ihrem Aufgebot von Bewaffneten nur die Zwecke der Protestierenden gefördert, nämlich die öffentliche Aufmerksamkeit nachdrücklich auf die Verantwärtung hinzuleiten. Denn das war der Zweck der riesigen Heerzucht.

Besondere Bedeutung mußte der rote Sonntag naturgemäß in Preußen gewinnen. Dort galt er der Ertragung eines vollständigen Wahlrechtes zum Landtag, der Verbedingung jeder freieselbstigen Entwicklung Deutschlands nördlich (aber auch, wenigstens zum Teil, südlich) der Mainlinie. Wir weisen schon früher darauf hin, wieviel von der Neugefaltung der politischen Verhältnisse Norddeutschlands für die Arbeiterbewegung abhängt: gelangt es nicht den überwiegenden Einfluß des agrarischen Junkertums auf die Gestaltung der Geschichte des größten und arbeiterreichsten deutschen Bundesstaates zu brechen, dann gelangen wir dort mit eigener Notwendigkeit zu einer solchen Verschärfung der Klassengegensätze, daß eine irrtümliche Weiterentwicklung der Institutionen ernstlich gefährdet erscheint. Es geht auf die Dauer einfach nicht an, das einem industriell so weit vorgeschrittenen Lande, wie das Preußen westlich der Elbe ist, in Seitzgebung und Verwaltung ausschließlich Junker zum Laxe anspielen. Auf die Länge der Zeit wird es auch die jetzt in die Sozialistenmacht hineingehörte Bourgeoisie noch ebenso erwidern, wie sie es in Sachsen schon lange gemacht hat. Freilich freut sie sich, daß sie ebenso lange mit dem Leben der richtigen Folgerungen aus dieser Lage warten wird, wie jene — ja, bis es schließlich ganz und gar zu spät ist.

Wir haben weder den Ehrgeiz, noch den Verstand, der preussischen Sozialdemokratie gute Ratschläge für ihr taktisches Verhalten zu geben. Es wird aber die Bemerkung zu machen gestattet sein, daß die praktische Demonstration vom 21. Januar nur dann positive Folgen haben wird, wenn sich die preussische Sozialdemokratie eine feste Richtung schafft, nach der sie vorwärts streben will. Davon merkt man bisher leider gar nichts. Wenn das Zentralorgan der Partei an einem Tage in fetterem Widerspruch zu dem Verhalten der

Partei in dem letzten Menschenalter den Parlamentarismus — andere nennen das bekanntlich gleich „parlamentarischen Kremlismus“ — hinter eine Art direkter Aktion, einen ganz nebelhaften Begriff — zurücksetzt, um am anderen Tage wieder der parlamentarischen Betätigung ein Loblied zu singen — dann ist das nicht geeignet, besonders große Zukunftshoffnungen zu wecken. Möge sich die preussische Sozialdemokratie eine Taktik wählen, die sie für die richtige hält; sie hat darin ganz selbstverständlich die volle Freiheit der Entscheidung, aber klar und verständlich muß sie sein. Es wäre ein in alle Ewigkeit nicht wieder gutzumachender Fehler, wenn man die hochgespannte revolutionäre Energie der gegenwärtigen Zeitläufte nicht ausnützen wollte, wenn man nicht das ganze Volk in den Bannkreis der Idee einer Wahlrechtsänderung zwingen könnte.

Die zielbewußten Gegner der Volksfreiheit, die preussischen Herrenhausjunker fürchten das. Deshalb haben sie ihren mit der Regierung des Reiches und des preussischen Staates beauftragten Vertrauensmann, den Fürsten Bülow, sofort gefragt, ob er glaube, mit den bestehenden Gesetzen gegen die Sozialdemokratie auskommen zu können. Eine dumme Frage nach dem Verlauf des 21. Januar, der klarlich dargelegt hat, daß die Sozialdemokratie nicht daran denkt, die Vorgänge in Rußland slavisch zu kopieren; aber eine — vom Standpunkt der Junker aus — sehr geistreiche Frage, wenn die Sozialdemokratie bemüht ist, den Misserfolg des roten Sonntags weiter auszunützen!

Aus den Unternehmerverbänden.

Folgende Schriftstücke hat der bekannte günstige Wind uns wieder einmal auf den Schreibtisch geweht:

S.-Nr. 30. Berlin, den 15. Januar 1906.

Rundschreiben Nr. 3 pro 1906.

Bei der Firma H. Mundlos & Co. in Magdeburg sind die in der Anlage verzeichneten Arbeiter in den Ausstand getreten. Auf Antrag des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller sind die Genannten gemäß § 20 der Satzungen bis auf weiteres von der Einstellung auszuschließen.

Hochachtungsvoll
Verein Deutscher Arbeitgeberverbände.

(Dann folgte eine Liste mit Namen, Stand und Geburtsdatum von 29 Arbeitern.)

Verein Deutscher Arbeitgeberverbände.

Berlin, den 19. Januar 1906.

Rundschreiben Nr. 4 pro 1906.

S.-Nr. 36. Bei der Firma Wilhelm Fredenhagen in Dittenbach am Main sind die in der Anlage aufgeführten Arbeiter in den Ausstand getreten.

Auf Antrag des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller sind die Genannten nach § 20 der Satzungen bis auf weiteres von der Einstellung auszuschließen.

Daß aber in Preußen-Deutschland nicht nur Quellen auf Recht und Gesetz pfeifen, geht aus folgenden Schriftstücken hervor:

Verein Deutscher Arbeitgeberverbände.

Berlin, den 19. Januar 1906.

Rundschreiben Nr. 2 pro 1906.

S.-Nr. 36. In Ostpreußen, insbesondere in den Orten Leer, Auquisehn, Gudon und Norden drohen Differenzen zwischen unseren Mitgliedern und den sozialdemokratischen Gewerkschaften auszubrechen.

Auf Antrag des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller ersuchen wir daher auf Grund des § 20 der Satzungen alle aus den genannten Orten kommenden Arbeiter der Metallindustrie bis auf weiteres von der Einstellung auszuschließen.

Hochachtungsvoll
Verein Deutscher Arbeitgeberverbände.

Berlin, den 19. Januar 1906.

Rundschreiben Nr. 5 pro 1906.

S.-Nr. 37. Infolge von Wahldemonstrationen sind in den Hamburger Betrieben etwa 5500 Arbeiter von der Arbeit fortgeblieben.

Auf Antrag des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller ersuchen wir alle mit Entlassungsschein vom 17. Januar cr. aus Hamburg kommenden Arbeiter bis auf weiteres nach § 20 der Satzungen von der Einstellung auszuschließen.

Hochachtungsvoll
Verein Deutscher Arbeitgeberverbände.

Berlin, den 19. Januar 1906.

Rundschreiben Nr. 5 pro 1906.

Wohlgenannt, in Ostpreußen drohen nach dem bösen Gewissen der Unternehmer erst Differenzen auszubrechen und in Hamburg gibt es keine Differenzen, die auf Grund der Wahlrechtsbewegung entstanden sind, da die Arbeiter die von den Unternehmern verhängte mehrtägige Aussperrung als unvermeidbares Übel hingenommen haben. Der Verein Deutscher Arbeitgeberverbände macht sich daher einer frivolten und niederträchtigen Verleumdung schuldig, wenn er die auf Grund dieser beiden Schriftstücke in Frage kommenden Arbeiter „bis auf weiteres“ von der Einstellung ausschließt. Dabei kann er sich nicht einmal auf Unkenntnis des Gesetzes berufen, denn laut Gerichtsentscheidung ist es unzulässig, Arbeiter, die infolge von Differenzen arbeitslos geworden sind, auch nach der Beendigung der Differenzen von der Einstellung auszuschließen. Daß in Ostpreußen weder Differenzen vorhanden noch gewesen sind, sondern erst auszubrechen drohen, macht die Sache noch schlimmer. Aus diesen Gründen fordern wir alle Kollegen, die in Ostpreußen oder in Hamburg gearbeitet haben und auf Grund der Rundschreiben Nr. 2 und 5 des Vereines Deutscher Arbeitgeberverbände von Einstellung bei anderen Unternehmern ausgeschlossen werden und dadurch keine ihrer Fähigkeiten entsprechende Lohnende Arbeit finden können, auf die Firma, wo sie zuletzt gearbeitet haben, auf Schadenersatz zu verklagen. Wenn ihnen auf irgend einem Arbeitsnachweis oder von irgend einem Unternehmer gesagt wird, es sei keine Arbeit vorhanden, so suche man in Erfahrung zu bringen, ob nicht doch Einstellungen erfolgen. Wegen weiterer Unterstützung haben sich die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes an die nächste Landesverwaltung oder an den nächsten Geschäftsführer zu wenden.

Es was alles sich der Verein Deutscher Arbeitgeberverbände einmüht, zeigt folgender von ihm erstatteter Mass:

S.-Nr. 20. Berlin, den 12. Januar 1906.

In unsere Verbände und Einzelmitglieder! Das internationale Bureau der sozialdemokratischen Partei hat einen Aufruf erlassen, welcher die angeführten Parteien aller Länder ersucht, den Sonntag den 21. Januar cr. oder Montag den 22. Januar cr., durch Versammlungen und Straßendemonstrationen zu feiern.

Wenn auch anzunehmen ist, daß die deutschen Arbeiter ihre Versammlungen u. s. w. am Sonntag den 21. Januar cr. abhalten werden, so wäre es doch nicht ausgeschlossen, daß Gruppen von Arbeitern in einzelnen Bezirken auch am 22. Januar cr. nicht zur Arbeit erscheinen.

Für diesen Fall bitten wir, diejenigen Arbeiter, welche am 21. Januar von der Arbeit fernbleiben sollten, wie die Teilnehmer an der Meifester als streikende Arbeiter zu betrachten.

Demgemäß bitten wir Sie, Ihren Mitgliedern hiervon Mitteilung zu machen, beziehungsweise selbst davon Kenntnis zu nehmen, damit ein einheitliches Handeln ermöglicht wird.

Hochachtungsvoll
Verein Deutscher Arbeitgeberverbände.

Fürwahr ein interessantes Aktstück! Das deutsche Unternehmertum begibt sich darin formell des Ansehens, noch für politisch verwerflichen gehalten zu werden. Nun ist die politische Rück-

daß dort mehr Säune und Schnitte entzwei geschlagen werden, als angefertigt werden können. Dazu kommen die Unglücksfälle, die mit den in den Werken vertriebenen Arbeitswilligen ganz gewaltig aufgeräumt haben. Am 18. Januar waren „nur“ vier Unfälle zu verzeichnen. Dazu kommt, daß auch immer mehr Arbeitswillige einsehen, wohin sie gehören. Wertwürdig dürften auch die gegebenen Zahlen schon deswegen sein, weil noch nicht einmal die Hälfte der Streitenden und Ausgesperrten bei der Zusammenstellung heraus kommt. Doch zum Schluß noch eins. Die Späßen pfeifen es von den Dächern, daß der Geschäftsführer der Meifischerleier bei seinen Kontrollgängen für gewisse Fabrikanten den Angeber macht, damit ihnen nicht die Warenzeichen hinein gepulst wird. Die eigenen Kollegen lehnen sich bereit dagegen auf.

Schlaffer.

Barth a. d. Mijee. Die Betriebsleitung der Fintepinnerei trug sich gleich bei Gründung unserer Verwaltungsstelle mit dem Gedanken, sie zu sprengen. Vom Meißler wurde direkt darauf hingearbeitet, daß wir streiken sollten. Als wir darauf nicht hereinfielen, setzte er sich mit dem Vorsitzenden des Hirsch-Dunckerischen Gewerkschaftsvereins in Verbindung, der ihm Arbeitskräfte zu besorgen versprach. Darauf wurden zwei unserer Kollegen gemarshiert; es stellten darauf noch 7 Kollegen die Arbeit ein. Trotzdem wir uns gleich darauf mit den „Führern“ der Hirschen in Verbindung setzten und sie uns die schönsten Versprechungen gaben, haben sie doch Streikbrecher besorgt!

Werftarbeiter.

Hamburg. Die Wahlrechtsdemonstration in Hamburg und die Werftarbeiter. Die Bedeutung der Hamburger Wahlrechtsdemonstration zu bezeichnen, soll nicht Aufgabe dieser Zeilen sein, vielmehr wollen wir deren Bedeutung für die Hamburger Werftarbeiter einer Betrachtung unterziehen. Die Hamburger Scharfmacher sind von jeher, so lange es eine Arbeitgeberorganisation gibt, die Rücksichtslosesten gewesen, die es gibt. Es ist dies zum Teil in der rückständigen Hamburger Verfassung, die bis vor 9 Jahren die Arbeiter von der politischen Tätigkeit vollständig ausschloß, zu suchen. Jene Herren, die in dem Hamburger Staat das Regime vollständig in der Hand haben und es auch für sich zu handhaben verziehen, können und wollen nun einmal nicht einsehen, daß auch den Arbeitern politische und wirtschaftliche Rechte eingeräumt werden müssen, wenn anders nicht die Klassengegensätze zu Katastrophen führen sollen. Als 1892, in dem schrecklichen Cholerajahre, Tausende, hunderttausend Arbeiter, weggerafft wurden, da schlug den Patrioten des Gewisses, als Männer der Wissenschaft drohend ihre Stimme erhoben und darauf hinwiesen, daß die Cholera in Hamburg diese zahlreichen Opfer nur deshalb fordere, weil die Wohnungen der „unteren“ Klassen in dem reichen Hamburg in sanitärer Hinsicht alles zu wünschen übrig lassen, weil sie Höhlen gleichen. Die „Straßen“ sind zum Teil enge Gänge, zum großen Teil elende Löhler, in denen Tausende von Menschen ohne Licht und Luft bei ungenügender Ernährung haufen. Das Wasser barg zu jener Zeit Bazillen aller Art. Für die Leser dieser Zeitung sei erwähnt, daß damals das Trinkwasser der Elbe entnommen wurde. Die Exkremente von ganz Hamburg, also auch von den Cholerafranken, wurden ebenfalls in die Elbe geleitet, und da die Bazillen im Wasser nicht untergehen, durch das unfiltrierte Leitungswasser der Bevölkerung zum Trinken serviert. Nur insoweit dieser Zustand konnte die Epidemie den Umfang gewinnen, den sie angenommen hat, und Tausende müßten für das Verbrechen der Hamburger Millionäre, die im Hamburger Parlament saßen und Vorteile für sich herauszuschlagen, büßen. In jener Zeit war es keine Seltenheit, Krabben (ein kleines Seetier) in großer Zahl lebend, Male und andere Fische tot in der Wasserleitung zu finden, in vielen Fällen hatten die Tiere solche Größe, daß sie die Leitung verstopften und ein Mechaniker dann die überfließenden Kadaver entfernen mußte. Wie lange mochten in einzelnen Fällen die halbverwesenen Tiere schon in den Leitungen gesteckt haben? Was waren die Zustände Hamburgs vor und noch lange nach der Cholerazeit. Nur einige Beispiele sind herausgegriffen worden. Auf anderen Gebieten steht es ebenso aus. Der Hamburger Senat wurde direkt von allen Klassen und Blättern als verantwortlich an diesen Zuständen, und im Zusammenhang für das Unheil, das die Cholera über Hamburg gebracht, bezeichnet. Da schlug den Herren das Gewissen. Nach 5 Jahren wurde die Erlangung des Bürgerrechtes, für das bis dahin 30 Mk. gezahlt werden mußte, erleichtert. Wer 5 Jahre hintereinander 1200 Mk. veräußert, konnte wählen und gewählt werden. Die Arbeiter errangen in 6 Jahren 18 Sitze in der Bürgerschaft, bei der erdrückenden Mehrheit der bei der Reichstagswahl abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen gewiß eine bescheidene Anzahl, da wurde den Spielern angst und bange und sie wollten diese wenigen Rechte, die sie vor ein paar Jahren gegeben, so beschneiden, daß es die Partei auf höchstens 21 Sitze bringen könnte, während wir jetzt immerhin 45 bis 48 erreichen können. Die bisherige Zusammenfassung der Bürgerschaft beträgt 180 Sitze, 40 sind den aus Westfalen, 40 den aus Grundbesitzerwahlen hervorgegangenen reserviert und die übrigen 80 gehen aus allgemeinen Wahlen hervor. An die Erlangung der Majorität für die Arbeiter kann also nicht gedacht werden, da die Notabeln und Grundbesitzer bei den allgemeinen Wahlen wiederum mitwählen, in ihren Bezirken also niemals Aussicht für uns ist. Aber auch diese geringen Rechte wollten man uns wieder nehmen. Man hatte sich aber verrechnet, denn je geduldi der Hamburger Arbeiter auch ist, nimmt man ihm etwas, was er einmal hat, dann verfehrt er keinen Spas. Die Partei erließ an dem Tage, wo die Wahlrechtsvorlage beraten werden sollte, am 17. Januar morgens, an alle Arbeiter die Aufforderung, die zu nachmittags um 4 Uhr anberaumten Protestversammlungen zu besuchen und die Arbeit ruhen zu lassen. Diese Parole wurde so gründlich befolgt, daß alles, alles ruhte, auch auf der Werften, obgleich die Herren Proben nicht verjäumt hatten, an den Toren ihrer Werften anzuschlagen: „Wer die Arbeit heute verläßt, ist entlassen und wird vor Montag den 22. Januar nicht wieder eingestellt.“ Wie ein Mann erhoben sich die getretenen, seit Jahren geknebelten Proletariat ungeachtet des Baumrußes, der gegen sie geschleudert worden war und vertrieben die Werften. Verläßt schauer die Unternehmer ihnen nach. Durch diese Einmütigkeit fast erreicht, fügten sich einige Werksbesitzer dem Gebot des Arbeitgeberverbandes nicht und ließen ihre Arbeiter am 18. Januar weiter arbeiten. Die Wut derer, um Wofür konnte keine Grenzen. So mußte zum Beispiel die Maschinen-Schiffswerft und Maschinenfabrik die Arbeiter, die sie am Morgen des 18. Januar hatte ruhen lassen, am Abend wieder erlassen und bis zum 22. Januar ausschließen. Das uns bei diesen Vorgängen besonders interessiert, ist die Einmütigkeit der Arbeiter auf den Werften. Wer die hiesigen Arbeitsverhältnisse kennt, wird weiß, mit welchem Raffinement jede Regierung unter den Arbeitern mit brutaler Hand unterdrückt wird, wie an der Bewegung beteiligte Arbeiter im Verdienst zurückgesetzt, entlassen, von einem Arbeitsplatz zum anderen gejagt werden, der wird die ganze große Bedeutung dieses Ausbruches der gewaltigen Werftarbeiter zu schätzen wissen. Jene Herren aber, die glaubten, erreicht zu haben, daß sie aus den Arbeitern, ihren Arbeitern, willkürliche Forderungen gemacht haben, mögen sich gesagt sein lassen, daß ihnen dies nicht gelungen wird, dieser große für die Hamburger Arbeiter so ehrenvolle 17. Januar hat es bewiesen, daß das Lob, das ihnen an allgemeinen gelehrt wird, daß sie die Träger des Idealismus in der Arbeiterbewegung sind, voll verdienen, und daß auch deranernacht eine Grenze hat. Jetzt endlich beginnt auch für die Werften eine neue Zeit, agitiert, werber Mitglieder für die Organisation! Der Arbeitgeberverband war wieder einmal unser bitterer Feind. Als dem Schriftführer dieser Zeilen am 18. Januar ein Werftarbeiter fragte: „Na, habet ihr unsere Sache nicht gut gemacht“, habe ich erwidert: „Nein, es, nur der verdient die Freiheit wie das Leben, der täglich sie erobert aus.“ Schwärzt! lautet die Parole.

